

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 10. Januar 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Leistungen des Gesamt-Verbandes

Eine vollständige Uebersicht über die Leistungen unserer Organisation während des ersten Jahres ihres Bestehens und Wirkens läßt sich erst geben, wenn der Kassenabschluß für das vierte Quartal 1930 vorliegt und das sonstige statistische Fragebogenmaterial bearbeitet ist. Die nachfolgenden Zeilen können deshalb nur einen Teilausschnitt aus den Leistungen des Gesamt-Verbandes wiedergeben. Wir beschränken uns dabei auf eine Darstellung der Beitragsleistung und der zur Auszahlung gelangten Unterstützungen während der ersten drei Quartale des verflossenen Jahres, für die nunmehr die konkreten Zahlen errechnet sind.

Die Gegenüberstellung der Beitragszahlen vom 1., 2. und 3. Quartal 1930 ergibt eine fortgesetzte Steigerung des Markenumsatzes. An Wochenbeiträgen wurden verkauft: im ersten Quartal 6 148 674 Stück, im zweiten Quartal 6 559 174 Stück und im dritten Quartal 6 680 593 Stück. Unter Hinzurechnung der Invalidenbeiträge und der beitragsfreien Marken ergeben sich für die umgesetzten Wochenbeiträge folgende Gesamtzahlen: Im ersten Quartal 6 746 534 Stück, im zweiten Quartal 7 244 799 Stück und im dritten Quartal 7 422 814 Stück. Bei den Monatsbeiträgen zeigt die Entwicklungskurve das gleiche Bild. Einschließlich der Invalidenbeiträge wurden im ersten Quartal umgesetzt: 60 446 Stück, im zweiten Quartal 69 281 Stück und im dritten Quartal 70 804 Stück.

Das finanzielle Ergebnis ist durchaus zufriedenstellend, da innerhalb der einzelnen Beitragsklassen nur geringfügige Verschiebungen der entsprechenden Stückzahlen eingetreten sind und gerade die am meisten in Anspruch genommenen mittleren Beitragsklassen durchwegs eine Zunahme erfahren haben. Der Durchschnitt der eingegangenen Beiträge pro Mitglied hat sich von 9,8 im ersten Quartal über 10,5 im zweiten auf 10,8 im dritten Quartal gehoben.

Wenn unsere Mitgliederzahl eine kaum nennenswerte rückläufige Bewegung verzeichnet — sie sank von 683 190 am Ende des ersten Quartals auf 677 108 am Schlusse des zweiten Quartals — so bedeutet das angesichts der gesteigerten Beitragsleistung keineswegs eine Schwächung der Organisation, sondern vielmehr eine Säuberung unserer Mitgliederlisten von faulen Beitragszahlern. Wären unsere Verwaltungen bei den Durchschnittsbeitragszahlen geblieben, die für das erste Quartal errechnet wurden, dann hätten wir am Schlusse des dritten Quartals die Zahl von 700 000 Mitgliedern weit überschritten. Der angewandten Methode ist aber entschieden der Vorzug zu geben. Es bleibt unserer Werbearbeit vorbehalten, den geringen Mitgliederverlust wieder nachzuholen, wobei auch der Hinweis erlaubt ist, daß bei besserer Wirtschaftslage der Gesamt-Verband die Zahl

von 700 000 Mitgliedern sicher längst überholt haben würde. — Soweit unsere Unterstützungseinrichtungen in Betracht kommen, hat der Gesamt-Verband jetzt schon Leistungen aufzuweisen, die jeden Vergleich mit den Leistungen anderer Organisationen aushalten. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1930 haben wir gezahlt: für Arbeitslosenunterstützung 2 036 526 Mk., für Krankenunterstützung 2 539 128 Mk., für Todesfallunterstützung 588 940 Mark, für Notfallunterstützung 277 839 Mk. und für Rechtschutz 284 472 Mk.

Allein für diese Unterstützungszwecke hat also der Gesamt-Verband in den ersten drei Quartalen des Jahres 1930 die Riesensumme von 5 726 905 Mk. an seine Mitglieder zur Auszahlung gebracht.

Dazu kommen die Leistungen aus dem Invalidenfonds. Die Leistungen aus unserer Invalidenunterstützung sind mit dem 1. Juli 1930 in Kraft getreten. Allein im dritten Quartal haben 2557 Mitglieder, die infolge Krankheit, Unfall oder Alters dauernd erwerbsunfähig sind, 79 630 Mk. Unterstützung erhalten. Aus dem Unterstützungsfonds, der auf Grund des § 49 der Verbandsatzung geschaffen ist, sind an früher ehrenamtlich tätige Funktionäre in den ersten neun Monaten des verflossenen Jahres 21 929 Mk. zur Auszahlung gebracht worden. Schließlich darf an dieser Stelle auch noch unsere Rechtschutz- und Haftpflichtversicherung „Fakulta“ erwähnt werden, die für Rechtschutzkosten und Schadenersatz in dem gleichen Zeitraum 182 060 Mk. geleistet hat.

Wie einleitend bemerkt, soll sich dieser Aufsatz nur auf die vorstehenden Angaben beschränken. Was der Gesamt-Verband für die Wirtschaftskämpfe ausgegeben hat, was er leistete auf dem weitverzweigten Gebiete der Interessenvertretung, was er für die Schulung und Bildung seiner Mitglieder getan hat, muß nach erfolgter Bearbeitung des betreffenden Materials die entsprechende Würdigung erfahren.

Sind es auch nur nackte Zahlen, die hier wiedergegeben worden sind, so glaubten wir doch gerade diese Zahlen der Verbandsmitgliedschaft jetzt schon zur Kenntnis bringen zu müssen, weil sie agitatorisch wirken, wenn unsere Funktionäre und Kollegen in den Betrieben und bei anderen Zusammenkünften mit Unorganisierten darauf verweisen können. Unsere Verbandskollegenchaft kann stolz auf diese Zahlen sein! Mühsam und großenteils zusammengetragen, sind diese Millionenbeträge ein glänzendes Zeugnis proletarischer Opferwilligkeit und Solidarität, die denjenigen unter uns zugute gekommen sind, die von der Krise der kapitalistischen Wirtschaft aufs Straßengpflaster gestoßen, die alt und schwach geworden sind, oder die ein anderer Schicksalsschlag des Proletariats getroffen hat. Diese Zahlen beweisen mehr

als noch so viele Worte, den Wert der gewerkschaftlichen Organisation, die neben ihrer Hauptaufgabe, bestehend in der Führung des Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, einen starken Prozentsatz der eingezahlten Beiträge ihren Mitgliedern in Form der verschiedensten Unterstützungen direkt wieder zurückerstattet.

Der denkende und geschulte Arbeiter steht deshalb fest und treu zu seiner gewerkschaftlichen Organisation. Diese Treue kann — wie die Entwicklung unseres Verbandes zeigt, selbst in so schweren Zeiten, wie sie uns das verflossene Jahr gebracht hat — nicht einmal ins Wanken gebracht werden durch den absichtsvollen und durch das fürchtbare Ausmaß der

Wirtschaftskrise begünstigten Frontalangriff eines engstirnigen Unternehmertums auf den Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse. Noch viel weniger wird das den Leuten von der sogenannten RGO. gelingen, die den deutschen Arbeitern nichts anderes bieten können als in Moskau ausgegebene Parolen, die zu den Erfordernissen unseres gewerkschaftlichen Tageskampfes wie die Faust aufs Auge passen und deren Befolgung nichts anderes bedeuten würde als die sichere und vollständige Niederlage des deutschen Proletariats.

Wir fassen unsere Aufgabe anders auf. Für unsere Verbandsmitgliedschaft gibt es deshalb nur eine Lösung: **Unermüdliche Werbearbeit für den Gesamt-Verband!** A. Reifner.

Die Löhne im Transportgewerbe und bei den Gemeindearbeitern in verschiedenen Ländern

I. Der Kampf um den Lohn hat in Deutschland wieder einmal einen Höhepunkt erreicht. In fast allen Gewerbebezügen sollen die Löhne abgebaut werden mit der Begründung, daß nur dadurch eine Ueberwindung der Wirtschaftskrisis möglich sei. Vor allem sollen die Löhne in den Exportindustrien herabgesetzt werden, damit Deutschland auf dem Weltmarktkonkurrenzfähig bleibt.

Man sollte nun glauben, daß das Lohnniveau in Deutschland besonders hoch sei und daß dieser hohe Lebensstandard des deutschen Arbeiters ein Hindernis zur Überwindung der Wirtschaftskrise sei. Leider ist aber gerade das Gegenteil der Fall. Was in Deutschland außerordentlich hoch ist, ist nur der Preisstand der Lebensmittel. Deutschland gehört zu den teuersten Ländern der Welt und wird in Europa nur noch von Schweden übertroffen. Im Vergleich mit dem benachbarten Polen betragen in Deutschland die Lebensmittelpreise fast das Doppelte.

Es ist daher verdienstlich, daß das Internationale Arbeitsamt in seiner Monatsschrift „Internationale Rundschau der Arbeit“ regelmäßig eine Statistik der zahlenmäßigen Löhne (Nominallohne) und auch der Kaufkraft dieser Löhne (Reallohne) in verschiedenen Ländern der Welt von einer Reihe von Gewerbebezügen veröffentlicht. Die letzte Zusammenstellung bringt einen Vergleich der Löhne vom Juli 1930.

Den Leserkreis der „Gewerkschaft“ werden besonders die Löhne im Transportgewerbe und bei den Gemeindearbeitern in den verschiedenen Teilen der Welt interessieren. In dem nachfolgenden Aufsatz ist daher eine Zusammenstellung der Nominal- und der Reallohne der Straßenbahn- und Omnibusfahrer, der Schaffner, der Lastkraftwagenfahrer, der Kutscher und der Gemeindearbeiter gebracht. Benutzt wurden die oben erwähnten statistischen Angaben des Internationalen Arbeitsamts, die für unsere Zwecke herausgezogen, umgerechnet und in vergleichenden Tabellen zusammengestellt wurden.

Aus nebenstehender Tabelle geht hervor, daß die höchsten Löhne in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Kanada gezahlt werden, wo aber in den einzelnen Staaten und Städten die Löhne sehr stark voneinander differieren. Die höchsten Löhne im Transportgewerbe werden in Chicago gezahlt, wo ein Straßenbahnschaffner fast das Dreifache bekommt, was sein Berliner Kollege erhält. Dabei ist noch zu bemerken, daß bei den deutschen Zahlen die durch Tarifverträge für die höchste Altersklasse festgesetzten Sätze zugrunde gelegt sind. Die deutschen Durchschnittslöhne sind niedriger.

Die höchsten Nominallohne in Europa werden in den skandinavischen Ländern und in Großbritannien erreicht. Dann folgt Deutschland an sechster Stelle. Auch in Deutschland sind in den einzelnen Städten die Löhne verschieden. An erster Stelle steht Berlin, dann folgen Hamburg, Köln, Leipzig und zuletzt Breslau. Sehr niedrig sind die Nominallohne in Jugoslawien, Polen und Spanien. Bei Oesterreich ist zu bemerken, daß der tarifliche Mindestlohn der Statistik zugrunde liegt. Wahrscheinlich ist der tatsächliche Verdienst im Durchschnitt höher.

Die Löhne im Transportgewerbe und die der Gemeindearbeiter sind in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern noch verhältnismäßig günstig, dank der guten Organisationsverhältnisse in diesem Gewerbebezügen, während in den anderen Ländern diese Verhältnisse nicht so günstig sind. In

Länder	Städte	Straß- und Omnibusfahrer	Straß- und Omnibus-schaffner	Lastkraftwagen-führer	Kut-scher (1 Pferd)	Ge-meinde-arbeiter
		Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Vereinigte Staaten von Nordamerika	Chicago . . .	3,40	3,40	—	—	—
	Boston . . .	3,36	3,36	—	—	—
	St. Franzisko . . .	3,15	3,15	—	—	—
	New York . . .	3,11	3,11	—	—	—
	St. Louis . . .	3,03	3,03	—	—	—
	N.-Orleans . . .	2,27	2,27	—	—	—
Kanada	Vancouver . . .	2,65	2,65	2,10	2,32	2,52
	Winnipeg . . .	2,65	2,65	2,02	1,89	2,10
	Toronto . . .	2,52	2,52	1,93	1,60	2,52
	Halifax . . .	2,44	2,44	1,64	1,76	1,68
	Montreal . . .	2,14	2,14	1,85	1,60	1,68
	Ottawa . . .	2,10	2,10	1,85	1,60	2,10
Schweden	Stockholm . . .	1,93	1,93	1,71	1,54	2,12
	Göteborg . . .	1,93	1,93	1,60	1,25	1,78
	Malmö . . .	1,79	1,79	1,39	1,28	1,69
Großbritannien	London . . .	1,64	1,55	1,53	1,21	1,38
	Birmingham . . .	1,33	1,27	1,38	1,07	1,13
	Glasgow . . .	1,32	1,25	1,27	1,08	1,17
	Lieeds . . .	1,31	1,21	1,36	1,11	1,08
	Manchester . . .	1,30	1,25	1,31	1,11	1,25
Dänemark	New-Castle . . .	1,27	1,27	1,25	1,08	1,08
	Kopenhagen . . .	1,53	1,53	1,39	1,20	1,78
Deutschland	Berlin . . .	1,43	1,28	1,40	1,14	1,09
	Hamburg . . .	1,35	1,24	1,23	1,21	1,10
	Köln . . .	1,18	1,14	1,06	0,98	1,05
	Leipzig . . .	1,17	1,12	1,12	1,—	0,96
	Breslau . . .	1,09	1,01	0,88	0,68	0,91
Irland	Dublin . . .	1,30	0,91	1,45	1,15	1,36
	Cork . . .	1,27	1,21	1,33	1,23	1,17
Niederlande	Rotterdam . . .	1,32	1,22	0,85	0,93	1,25
	Utrecht . . .	1,23	1,10	0,96	1,05	1,10
	Haag . . .	1,07	1,07	1,—	0,98	1,27
Oesterreich	Wien . . .	0,94	0,94	0,86	0,59	—
	Linz . . .	0,86	0,84	—	0,70	—
	Graz . . .	0,83	0,83	0,71	0,71	—
Italien	Rom . . .	0,89	0,75	—	—	0,59
	Turin . . .	0,72	0,67	0,52	0,52	0,46
	Triest . . .	0,64	0,50	0,66	0,55	0,54
	Florenz . . .	0,67	0,58	0,66	0,66	—
	Genua . . .	0,61	0,57	0,48	0,45	—
Jugoslawien	Leibach . . .	0,69	0,44	0,69	0,30	0,26
	Belgrad . . .	0,54	0,52	0,52	0,30	0,48
	Sarajewo . . .	0,41	0,41	0,60	—	0,23
Polen	Warschau . . .	0,76	—	—	—	0,57
	Posen . . .	0,66	0,62	—	—	—
	Kattowitz . . .	0,56	0,55	—	—	—
Spanien	Bilbao . . .	0,44	0,44	0,69	0,59	0,51
	Barcelona . . .	0,44	0,41	0,59	0,59	0,47
	Valencia . . .	0,41	0,41	0,59	0,53	0,31
	Madrid . . .	0,38	0,38	0,59	0,59	0,31

anderen Gewerbebezügen und insbesondere in den Exportindustrien sind die Löhne in Deutschland im Vergleich mit denen anderer Länder niedrig. Wesentlich höhere Löhne in den Exportindustrien bieten die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Großbritannien.

Dr. Wilhelm Wolff, Berlin.

Rückblick auf das Jahr 1930

II. Die deutschen Gewerkschaften.

Die Erwartung weiter Kreise des deutschen Volkes und auch der deutschen Gewerkschaften, daß die Auswirkungen des Young-Planes (dessen Abschluß im Anfang des Jahres 1930 erfolgte) sich auch auf den Arbeitsmarkt günstig bemerkbar machen würden, ist leider nicht zur Wahrheit geworden. Wir haben wiederholt die Arbeitslosenkurve aufgezeigt, die immer höher und höher stieg und selbst in den Sommermonaten nur einen verhältnismäßig geringen Rückgang hatte. Wir begannen das Jahr mit nahezu drei Millionen Arbeitslosen und gehen in das neue Jahr 1931 mit fast vier Millionen Arbeitslosen, darunter 1,3 Millionen freier Gewerkschaftler. Diese unerfreuliche Tatsache erschwerte natürlich die Agitation und Ausbreitung der Verbände erheblich. Trotzdem gelang es der RGO, nicht, bei den Betriebsratsneuwahlen im ersten Quartal 1930 auch nur ihre bisherige Position aufrechtzuerhalten, und trotz allen Siegesgeschreis stellte es sich heraus, daß sie fast auf der ganzen Linie die Geschlagene war. So ist es kein Wunder, daß zum Ende des Jahres 1930 der Metallarbeiterstreik als willkommenere äußere Anlaß genommen wurde, um nun kommunistische offizielle eigene Organisationen aufzuziehen. Diese Absicht wurde zwar in allen Betriebsversammlungen und in der „Roten Fahne“ bislang geleugnet, aber der Weg der RGO, innerhalb der Gewerkschaftsorganisation selbst erwies sich doch als ungangbar dank der Erziehungsarbeit und der klaren Erkenntnis in den Reihen der Gewerkschaften selbst.

In der Januar-Sitzung des ADG-Bundesausschusses wies Spliedt in einem trefflichen Referat über die Arbeitslosenunterstützung nach, daß wir die ausreichende Arbeitslosenunterstützung als das Geringste von dieser Gesellschaft fordern müssen, die nicht in der Lage ist, die Produktion und Konsumtion zu regeln und die wir doch dafür verantwortlich zu machen haben. Lehnt sie das Programm der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten auf Planmäßigkeit der Produktion und Bedarfswirtschaft ab, erkennt sie nicht an, daß durch die Rationalisierung eine erhebliche Arbeitszeitverkürzung die unbedingte Folgeerscheinung sein muß, so hat diese bürgerliche Gesellschaft mindestens die Konsequenzen zu tragen, daß die Arbeitslosen entsprechend unterstützt werden. Auch der Versuch, durch Belastung der Invalidenversicherung nun auch hier nur wieder Unruhen und Unsicherheit zu schaffen, müßte bekämpft werden. Klar und unzweideutig hat denn auch der Bundesausschuß in allen seinen Sitzungen sowohl im Februar als auch in Dresden im September wie endlich im Oktober 1930 kategorisch die 40-Stunden-Woche gefordert. Zeitweilig schien es fast, als wolle ein kleinerer Teil der Unternehmer nicht nur theoretisch die Berechtigung einer verkürzten Arbeitszeit anerkennen, sondern als solle auch praktisch darangegangen werden, in den Tarifverträgen eine entsprechende Verständigung mit den Gewerkschaften zu vereinbaren. Aber die Profitgier des Unternehmertums siegte, und so ist bis auf den heutigen Tag eine klare Linie nicht zu erkennen. Die einzelnen Gewerkschaften mußten sich infolgedessen fortgesetzt in den Abwehrkampf begeben. So gesehen ist das Jahresresultat der freien Gewerkschaften nicht so ungünstig, als es manchem scheinen mag. Was an Verschlechterungen verhindert werden konnte — und das war sehr viel — sowohl in bezug auf Lohn, soziale Einrichtungen als auch Arbeitszeit — ist einzig und allein dem systematischen und planvollen Kampf der freien Gewerkschaften zu verdanken. Wenn auch die RGO, dauernd schimpfend hinter dem Wagen herliegend, hat sie doch in keinem Fall bei ihren „Sonderkämpfen“ anderes erreicht als — Niederlagen! Davon haben wir wiederholt im Laufe des Jahres an dieser Stelle die Beweisdokumente niedergelegt.

Es bleibt auch eine starke Hoffnung, daß mit der Eröffnung der Bundesschule in Bernau am 4. Mai die systematische Durchbildung aller freien Gewerkschaften weiter

fortgesetzt wird auf breiter Basis. Die Gemeinde- und Staatsarbeiter haben bald nach der Revolutionszeit 1918/1919 zunächst an einzelnen Orten Plan und System in die Schulungsarbeit der Funktionäre gebracht. Bereits 1922 wurde auf dem Verbandstag in Magdeburg die systematische Bildungsarbeit durch eine besondere Schule für Funktionäre beschlossen. Die Inflation warf diesen Plan zwar vorerst über den Haufen, aber sehr bald — nämlich in Frankfurt 1925 — wurde dieser Beschluß erneuert. Ein Bildungsbeitrag sollte erhoben werden und zu Beginn des Jahres 1926 setzte die erste systematische Schulung auf Reichsbasis ein. Ueber ein Jahr wurden diese Kurse in den verschiedensten Bezirken Deutschlands abgehalten, bis dann unsere Schule in Bukow eröffnet wurde. So gelang es im Laufe der Zeit, mehrere tausend Funktionäre soweit zu bringen, daß sie ihre Agitation und Gewerkschaftsarbeit mit Plan und Ziel verrichten konnten.

Nun wurde bald nach dem Zusammenschluß im Gesamtverband in der neuen Bundesschule diese Arbeit in versträkttem Umfange fortgesetzt. Wir haben heute bereits bei Abschluß des Jahres 1930 13 Kurse mit 508 Funktionären, und die Aussagen der Vortragenden sowohl als auch der Hörer gingen bis jetzt einmütig dahin, daß sie diese Schulungskurse als eine außerordentlich tiefgreifende Anregung ansehen, die für ihre weitere Arbeit in den Gewerkschaften von großer Bedeutung sein kann. Wir hoffen zuversichtlich, daß trotz der Not der Zeit im neuen Jahr die Schulungsarbeit auf gleicher Basis fortgesetzt werden kann. Die Früchte werden nicht ausbleiben; denn Bildungsarbeit ist gerade jetzt in dieser Zeit heillosen Begriffsverwirrung ein wichtiges Agitations- und Kampfmittel, das gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Eine entscheidende und grundlegende Stellung, wie sie bislang in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte so eindeutig nicht erfolgt ist, war die Stellungnahme zu den Reichstagswahlen Mitte August 1930 durch Vorstand und Ausschuß des ADGB. Heute dürfen wir wohl sagen, daß zwei Gründe für diese klare Stellung maßgebend waren: einmal die gefährliche Bedrohung der Gewerkschaften durch einen reaktionären Reichstag und zum andern die Zwangslage, in die uns die RGO, oder anders ausgedrückt, die Kommunistische Partei gebracht hat. Sie hat sowohl im Reichstag als auch in den Landes- und Stadtparlamenten wie in der Presse die Gewerkschaften unzählige Male schwer geschädigt (wollten wir die Ausdrucksweise dieser Partei gebrauchen, so müßte es zutreffend heißen: *Derreten!*). So war die scharfe Trennung unerlässlich. Wir sind der Meinung, daß zwar das Resultat der Reichstagswahlen wahrlich nicht als erfreulich bezeichnet werden kann, es wäre aber sicher noch wesentlich unerfreulicher ausgefallen, ohne diese Einheitslichkeit von Gewerkschaften und Partei. Daß sich andererseits der Einfluß der Gewerkschaften innerhalb der Partei dadurch stärker auswirken kann, ist ganz klar. Wenn wir einen Teil der Verantwortlichkeit mit übernehmen, so müssen wir auch mit zu bestimmen haben.

Der Lebenshaltungsindex, dessen Zusammensetzung vom Standpunkt der Gewerkschaften zwar nicht in allen Einzelheiten einwandfrei ist, der aber doch als Maßziffer unbedingt Geltung und Bedeutung hat, senkte sich vom November 1929 bis 1930 um 6 Proz. Trotzdem gelang es den Gewerkschaften immerhin bis zur Reichstagswahl ihren Lohnindex einigermaßen zu halten, zum Teil auch weiter zu steigern. Ganz anders wurde nun das Bild nach den Reichstagswahlen. Die nationalsozialistische Flut gab den Unternehmern willkommene Veranlassung, auf der ganzen Linie Lohnabbau zu fordern. Alle unsere Darlegungen bei den zahlreichen Tarifverhandlungen über die verminderte Konsumkraft und weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise konnten nichts daran ändern, daß Recht und Erkenntnis wieder einmal durch Macht entschieden werden sollten, und so kam es am 10. Oktober 1930 zu dem Lohnabbau von 8 Proz. in der Berliner Metallindustrie

Ein Streik mit mehr denn 130 000 war die Folge. Und wenn auch die Zahl der Unorganisierten in der erheblichen Mehrheit war, so bleibt doch die eine Tatsache bestehen und muß rühmend hervorgehoben werden, daß zum Beginn des Kampfes auf der ganzen Linie der Streik sich durchsetzen konnte und erst in der zweiten Woche ein allmähliches Abflauen im Siemens-Betrieb sich bemerkbar machte; nicht zuletzt infolge der Sonder-„Kampfleitung“ der RGO., die glaubte im Trüben fischen zu können, um diesen Streik an sich zu reißen. Das gelang ihr freilich nicht. Geordnet wurde der Streik abgebrochen unter der Bedingung eines neuen Schiedsspruchs. Und damit in dieser Tragödie auch die Komödie nicht fehle, wurde (trotz Reichstagsbeschlusses gegen die Verbindlichkeitserklärung) in den erneuten Verhandlungen vom Stegerwald-Schlichter der achtprozentige Lohnabbau, wenn auch in zwei Etappen, verkündet. Das war ein harter Schlag ins Gesicht der freien Gewerkschaften.

Wir glauben diesen Schulfall auch deswegen für die Zukunft in Erinnerung bringen zu müssen, als kaum jemals so klar in Erscheinung trat, daß Unorganisierte und RGO. die Tätigkeit der freien Gewerkschaften durchkreuzen und erschweren können. Denn eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung hätte sich in diesem Falle bestimmt durchsetzen können. Wir müssen die Lehre aus diesem Metallarbeiterkampf ziehen, daß die Arbeiterschaft im Wirtschaftskampf unter allen Umständen geschlosse n dastehen muß.

Der Bundesausschuß des ADGB. hat in seiner Dezember-Sitzung zu den wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik erneut Stellung genommen. Auch jetzt erscheint als einziger Ausweg aus diesen kritischen Zeiten die Verkürzung der Arbeitszeit.

Und wenn das deutsche Unternehmertum nicht von Gott und Menschen verlassen wäre, so würde es anstatt wie gesehen zum Teil die Nazis großzuzüchten, nicht die eigene Gesamtwirtschaft Deutschlands so schwer gefährden, wie das mit den jetzigen Methoden der Fall ist. Der ADGB. hat aber auch in seiner Dezember-Sitzung eine Forderung gestellt, die im neuen Jahr von erheblicher Bedeutung sein kann, nämlich das neue n t e S c h u l j a h r einzuführen. Und zwar wird gefordert, daß einerseits die Einführung in die Berufskunde erfolgt, andererseits aber der Anschluß zur Volksschule erhalten bleiben soll. Uns scheint dieser Weg der einzig richtige. Wir hoffen, daß bei den Maßnahmen Preußens in bezug auf die erwerbslose Jugend als auch bei dem Schulentlassungstermin am 1. April 1931 die programmatischen Gesichtspunkte der deutschen Gewerkschaften unbedingt Berücksichtigung erfahren müssen.

Das neue Jahr wird uns voraussichtlich vor eine nicht minder schwere Situation stellen als das alte. Es droht bei den neuen Tarifvertragsterminen eine Herabsetzung der Löhne, wenn nicht alle Gewerkschaften in verstärktem Maße Boden gewinnen. Noch ist die Zahl der Unorganisierten enorm hoch. In fast allen Verbänden, auch im Gesamt-Verband besteht die Möglichkeit, die Zahl der Organisierten erheblich zu steigern und so die Kampffront zu stärken. Gewiß können wir in diesen Zeiten nicht so unmittelbar mit positiven Erfolgen aufwarten, aber auch die A b w e h r e r f o l g e sind nicht zu unterschätzen. Darum erwarten wir im neuen Jahr von allen Gewerkschaftsfunktionären Vertrauen zur Organisation und tätige Mithilfe an der Organisationsarbeit.

E. D.

„Nieder mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen“

Die durch den Reichsarbeitsminister selbst verflügte Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages für den Kartoffelgroßhandel in Berlin wird von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände als das Halt- und Rückwärts-Signal für die Entwicklung der Tarifverträge aufgefaßt. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ unternimmt in Nr. 51/52 — Jahrgang 1930 — unter dem Weheruf „Eine Gefahr für die Arbeitgeberpolitik“ einen vier Spalten langen Sturmangriff gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Die „Tarifpolitik der Allgemeinverbindlichkeitserklärung“ wird von Fr. Coerper in Grund und Boden verdammt. Die Redaktion der Arbeitgeberzeitung erklärt, daß „diese Ausführungen“ „in der scharfen Formulierung“ „auch von uns im Grundsatz geteilten Standpunktes“ „als Ausgangspunkt“ „für eine klärende Aussprache“ „dienen“ können. An dieser Aussprache möchten wir uns im Arbeitnehmerinteresse und aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus auch beteiligen.

Das Verdächtigste an der Allgemeinverbindlichkeitserklärung scheint dem Verfasser einleitend zu sein, daß sie „ein Requisite der Nachkriegspolitik“ ist. Er bemerkt richtig, daß die Allgemeinverbindlichkeitserklärung „als Hilfsmittel beim Aufbau einer neuen allgemeinen Tarifvertragsordnung“ „dienen sollte“. Das Ziel ist erreicht“ stöhnt der Artikelschreiber. „Der Tarifgedanke hat sich allgemein durchgesetzt und inso weit ist die Allgemeinverbindlichkeitserklärung durch die Entwicklung des Tarifvertragswesens selbst überholt.“

Diese Feststellung entspricht den Tatsachen. Um so unverständlicher ist der ganze Angriff auf die von ihm so gehäßte Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Zahlenmäßig werden heute nach der letzten amtlichen Feststellung vom 1. Januar 1929 durch 8925 Tarifverträge insgesamt erfaßt 12 276 060 Beschäftigte. Davon sind gewerkschaftlich organisiert insgesamt 5 961 232. Der Rest von 6 314 828 unorganisierter Nutznießer werden aber nur zum kleinsten Teil durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung erfaßt. Statistische Feststellungen gibt es darüber zurzeit nicht. Wenn die Zahl mehr als eine Million Beschäftigter ergeben würde, dann hätte der Verfasser diese Ziffer sicher als Argument für seine Ausführungen benutzt. Entscheidend für die quantitative Ausdehnung der Tarifverträge ist die Tatsache, daß in fast allen Tarifverträgen im persönlichen Geltungsbereich alle in dem tarifgebundenen Betrieb oder Beruf beschäftigten Arbeiter erfaßt werden. Die Gewerkschaften müssen sich gegen die Schmutzkonzurrenz der re-

volutionären Unorganisierten im tarifgebundenen Betrieb schützen. Damit ist aber auch volkswirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung getragen worden. Die Rationalisierung der Wirtschaft in Produktion und Verwaltung wäre ohne diese einheitliche tarifvertragliche Gestaltung der Arbeitsverträge überhaupt nicht möglich geworden. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung bringt als Schlußpunkt dieser Entwicklung dem tarifgebundenen Betrieb den Schutz gegen die Schmutzkonzurrenz der unorganisierten Außenseiter im Arbeitgeberlager. Man müßte eigentlich annehmen, daß dieser Schutz gerade in Krisenzeiten auch von den Arbeitgebern als bitter notwendig empfunden wird. Man kann sich vielleicht damit entschuldigen, daß man doch nicht päpstlicher als der Reichsarbeitsminister zu sein braucht, der im eingangs erwähnten Fall der Schmutzkonzurrenz freie Bahn geschaffen hat.

Im Grunde genommen geht es den Herren um mehr. Der Sturmangriff geht gegen die Reichs- und Bezirksarbeitsverträge an sich. Man seufzt, „damit (mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung) ist der Tarifring der Arbeitsbedingungen restlos lückenlos geschlossen und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung sorgt dafür, daß auch von außen her keine Auflockerung dieses Zwangstariffsystems durch elastische Anpassung an die besondern (schlechteren d. Red.) örtlichen oder betrieblichen Verhältnisse mehr möglich ist.“ Das ist des Pudels Kern. „Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung“, so stöhnt man weiter, „aber verhindert nicht nur die Außenseiterbetriebe, ihre tarifpolitische Unabhängigkeit zu behaupten“ (also Schmutzkonzurrenz zu betreiben, d. Red.), sondern sie verhindert sogar, daß die „eigenen Mitgliedsbetriebe des tarifgebundenen Arbeitgeberverbandes“ „sich den Fesseln“ „durch Austritte aus dem Arbeitgeberverband entziehen“.

Freiheit für die Schmutzkonzurrenz der unorganisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das könnte ja beinahe ein nationalsozialistisches „Feder“vieh geschrieben haben. Der Verfasser (Armer Coerper) geht dann aufs Ganze:

„Darum sollten alle Arbeitgeberverbände gegen alle Anträge der Gewerkschaften auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung nicht nur ihrer eigenen, sondern auch solcher Tarifverträge anderer Arbeitgeberverbände Einspruch erheben.“ „Wenn es zu einer solchen allgemeinen Einspruchsbewegung aller beteiligten Arbeitgeberverbände kommt, dann wird sich die „Einstellung des Reichsarbeitsministeriums zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung“ ganz entscheidend wandeln müssen.“

Dann glaubt der Verfasser noch den Arbeitgeberverbänden eine Philippika halten zu sollen, „die durch ihre Haltung“ „zugunsten der Gewerkschaften“ die Allgemeinverbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium unterstützt haben. Das

Wilhelm Bölsche und die Arbeiterschaft

Am 2. Januar 1931 ist Wilhelm Bölsche 70 Jahre alt geworden, und es ist wohl angebracht, auch an dieser Stelle seiner zu gedenken. Zwar ist gegenwärtig das enge Verhältnis zwischen der gesamten Naturwissenschaft und Arbeiterschaft nicht mehr so groß, wie es zu der Zeit war, da Wilhelm Bölsche als eine der stärksten Kräfte für diese Verbindung wirkte. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, da die Frage des Betriebsrätegesetzes noch nicht aufzuheben konnte, da auch die Sozialversicherung ein verhältnismäßig einfaches, feststehendes Gebiet mit scharf umrissener Rechtsprechung war, galt es als selbstverständlich bei der aufstrebenden Arbeiterschaft, daß sie zur Erzielung klaren Denkens in den Gewerkschaften sowohl als auch in der Partei zahlreiche populäre naturwissenschaftliche Vorträge hörte und sich überhaupt mit den großen Fragen des Weltentstehens und -vergehens beschäftigte. Die Kant-Laplace'sche Weltentstehungstheorie wurde damals eigentlich so recht erst auf eine breite Basis gestellt durch die vielen Vorträge in den Gewerkschaften über „Moses oder Darwin“, wie es besonders der schweizerische Genosse und Naturforscher Dodel in seinen Schriften klarlegte. Für Deutschland war es besonders der Jenaer Naturforscher Ernst Haeckel, der die Welträtsel zu lösen suchte, und in zahllosen Kursen und Vorträgen versuchten auch die fortgeschrittenen Arbeiter sich selbst ein Bild zu machen von den Entwicklungstendenzen in Natur und Gesellschaft. Selbst zur Agitation wurden naturwissenschaftliche Fragen als Unterlage benutzt, wie z. B. „Gegenseitige Hilfe in Natur und Menschenwelt“ von Krapotkin. Andere Forscher versuchten eine Verbindung zu schaffen zwischen Marxismus und Darwinismus. Kurz und gut, in der Arbeiterwelt spielte die Ausbreitung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse eine ungeheure Rolle, wie wir es uns gegenwärtig kaum vorstellen können. — Und einer der stärksten Träger war Wilhelm Bölsche. Schon in der ersten mehr künstlerisch aufgebauten „Neuen Gemeinschaft“ in Berlin wirkte er zusammen mit den Gebrüdern Hart, mit Fidsu (Höppner) u. a., um Kunst und Kultur den Massen zugänglich zu machen in einer Zeit, da weder Volksbühne noch sonstige planmäßige Bildungs- und Kulturreinrichtungen der Arbeiterschaft vorhanden waren. Als dann Mitte der neunziger Jahre die Arbeiterbildungsschule gegründet wurde, war Bölsche einer der ersten Lehrer an dieser Schule, um naturwissenschaftliche Probleme vor Arbeitern darzulegen.

Das alles ist nun wohl ein Menschenalter her, und wenn auch die alte Generation der Arbeiterführer vielleicht mit einer gewissen Wehmut an diese Zeit geistiger Erneuerung zurückdenkt (die mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 begann und nahezu zwei Jahrzehnte umfaßte), so läßt sich doch nicht verkennen, daß wir inzwischen auch auf dem Gebiete der Volksaufklärung ein ungeheures Stück weitergekommen sind. Die harten Kämpfe, die mit dem Aufkommen der Arbeitgeberverbände um 1910 von den Gewerkschaften geführt werden mußten, ließen die systematische Ausbildungsarbeit auf dem Gebiete der Naturwissenschaft nicht mehr so stark in den Vordergrund treten. Man konzentrierte sich mehr und mehr auf das Problem: Arbeit und Kapital. Die Bildungskurse der Gewerkschaften beschäftigten sich vornehmlich mit den volkswirtschaftlichen Problemen, und in der Arbeiterpartei wurden die Grundlagen des Sozialismus, teils historisch, teils volkswirtschaftlich, teils vom Standpunkt der Zukunftsperspektive aus unterrichtet. Auch diese Zeit gab ungeheure neue Anregungen, und dazwischen entwickelten sich bei alledem die Kulturorganisationen, wie die Arbeiterbildungsschule, die „Freie Volksbühne“ und zahlreiche örtliche Kultur-einrichtungen der Arbeiterschaft.

Bölsche und seine Kreise traten etwas in den Hintergrund. Er entwickelte sich zum Schriftsteller und schrieb u. a. Romane:

„Die Mittagsgöttin“, „Der Zauber des Königs Artus“ u. a. Aber auch heute ist es noch eine Lust und eine Freude, in seinen naturwissenschaftlichen Büchern zu lesen, insbesondere in dem dreibändigen Standardwerk „Das Liebesleben in der Natur“, das 1903 fertiggestellt wurde und heute eine Auflage von 75 000 überschritten hat. Sehr unterhaltsame und treffliche Aufsätze sind auch in dem Sammelband „Dom Bazillus zum Affenmenschen“ enthalten. Sein klar und leicht verständliches Werk „Abstammung des Menschen“ hatte im Jahre 1922 bereits eine Auflage von 116 000 überschritten. Zu diesen Werken, die noch heute wertvoll sind, als Geschenke für die jüngere Generation zu dienen, kam eine Unsumme von einzelnen Aufsätzen literarischer und geschichtlicher Art über Heinrich Heine usw., „Ueber das Verhältnis von Arbeiterschaft und Naturwissenschaft“, die nicht nur für die politische Presse, sondern zum Teil auch für die Gewerkschaftspresse geschrieben worden sind. So ist das ungeheure Schaffen Wilhelm Bölsches, dieses jovialen, ewig-freundlichen und doch selbstbewußten Plauderers wahrlich auch heute noch von gewaltiger Bedeutung. — Nun ist Wilhelm Bölsche auch 70 Jahre geworden und steht damit schon in gewissem Sinne jenseits seines Werkes. Er ist aus dem Literaturzirkel, der sich um Bruno Wille und den Gebrüdern Hart scharte, einer der wenigen Ueberlebenden. Damals hatten sie ihr Atyp in Friedrichshagen bei Berlin, und der Proletarier unter ihnen war der unstete Peter Hille, dessen Gedichte und Aufsätze fast verschollen sind, da sie manchmal von ihm selbst wieder vernichtet werden mußten, weil er keinen Abjaß dafür fand. Allzuspät wurde seine innere Berufung zum Dichter erkannt, und er hat als geistiger Proletarier in des Wortes wahrster Bedeutung viele Jahre seines Lebens in Armut und Not verbringen müssen. Ganz anders Wilhelm Bölsche. Er ist mit der Bewegung des Naturalismus, die sich um Gerhart



Wilhelm Bölsche

Hauptmann scharte, als Schriftsteller anerkannt und groß geworden. Heute hat er sein Haus (wie auch Hauptmann) im Riesengebirge. Aber er wirkt noch immer von einem einheitlichen und klaren Gedanken begleitet, den wir der deutschen Arbeiterschaft wünschen möchten.

Und das ist vielleicht auch die beste Geburtstagsgedenkefeier für Wilhelm Bölsche, wenn wir fordern möchten, daß so einheitlich und geschlossen, wie diese Persönlichkeit sich auswirkte in der Arbeiterschaft der Vorkriegszeit, auch in der jetzigen Zeit des Durcheinanders sich allmählich eine einheitliche Linie des Kraftbewusstseins in der Arbeiterschaft bilden möchte. Dazu brauchen wir auch Führerpersönlichkeiten von stärkstem Ausmaß, und ein solcher Führer war und ist Wilhelm Bölsche.

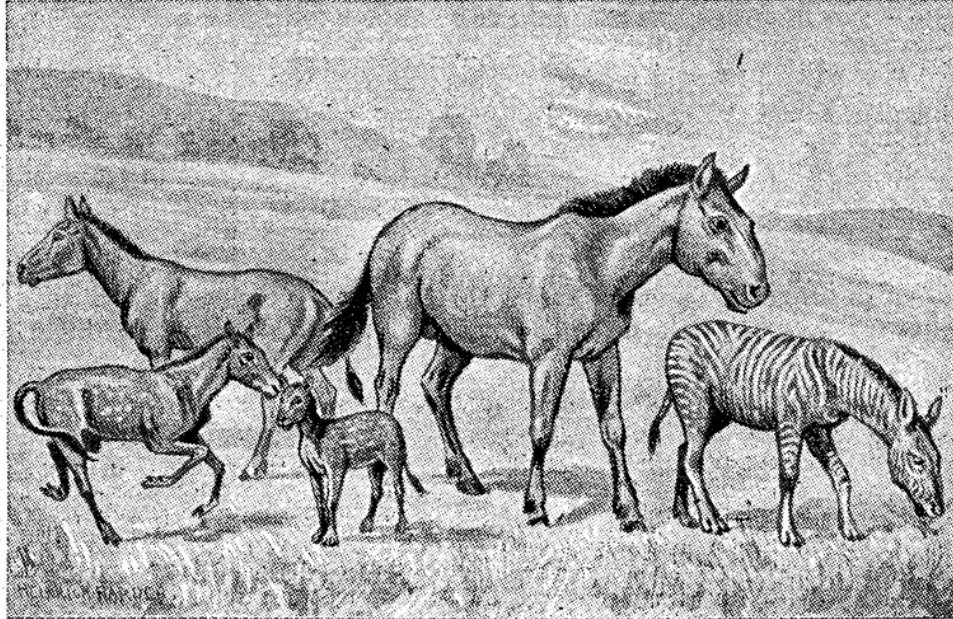
Die Nachkriegszeit schien zunächst eine Revolutionszeit mit grundumsstürzender Entwicklung im Sinne der Demokratie und der Republik zu sein. Heute ist diese Welle abgeebbt. Wir haben das tiefe Wellental der Reaktion, und die Nazis predigen uns das Dritte Reich mit Wotan und Germanentum und Antisemitentum. Daß Arbeiter diesen Kummel noch mitmachen, sollte man kaum für möglich halten. Auf der anderen Seite wird uns das Dritte Reich von Moskau empfohlen. Dennleib wir anerkennen müssen, daß in Rußland allem Anschein nach die Entwicklung nach vorwärts drängt, so ist doch für die deutsche Arbeiterschaft eine Parallele nicht gegeben, weil wir in der Gesamtkultur um Jahrzehnte voraus sind. Dies klar zu erkennen fällt aber den deutschen Arbeitern nicht zuletzt deswegen so schwer in neuerer Zeit, weil sie die spätmittelalterliche und planmäßige wissenschaftliche Schulung nicht hinter sich haben, wie es die ältere Führergeneration der Arbeiterschaft erlebt hat. So möchten wir mit Bölsche nur wünschen, daß wieder ein Zeitalter der zusammenfassenden Kraft naturwissenschaftlichen Denkens und Wirkens für die Menschheit kommt und uns befreit von dem Morast rückwärts gerichteter Ideale, die abzulehnen die Arbeiterschaft alle Ursache hat. **Edl.**

Neue Richtungen der Entwicklungslehre

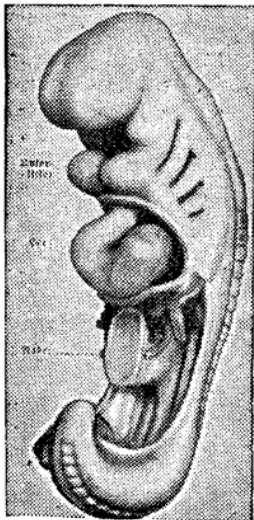
Von allen farbenprächtigen Geschichten, die in unendlicher Fülle die Natur erzählt, ist vielleicht keine, die uns mit soviel Erstaunen und Bewunderung erfüllt wie die der organischen Entwicklung. Die kühnsten Wundermärchen der Mythologie verblissen hinter der Phantastik der Vorstellung, daß ein ununterbrochener Strom des Werdens und Lebens von unseren heutigen Geschöpfen zurückgeht zu den Fabeldrachen des blauen Jura-meeres, den gespenstlichen Gestalten des Steinkohlenwaldes, dem lichtscheuen Götter des Ur-Ozeans — alle schon Träger jener Schöpfungskraft, die sich später zu dem artenreichen Stammbaum der heutigen Organismen, die auf unserem Planeten leben, entfaltet. Um den heutigen Stand dieses Entwicklungsproblems zu überblicken, müssen kurz die Gründe dargelegt werden, die zur Annahme einer natürlichen Entwicklung der Lebewesen führen. Die unendliche Vielheit von Lebensformen schließt sich zu verwandtschaftlichen Gruppen und endlich zu einem großen natürlichen System zusammen, das von einfacheren zu weiterentwickelteren Formen führt. Für diese gradweise abgestufte Ähnlichkeit der Organismen gibt es keine andere

Erklärung als die einer allmählichen Entwicklung. Diese abgestufte Verwandtschaft betrifft, wie die Blutreaktionen uns lehren, nicht bloß den äußeren Körperbau der Lebewesen, sondern geht bis zu der feinsten chemischen Zusammensetzung des Lebensstoffes. Bei großen organischen Gruppen finden wir eine Einheit des Bauplanes, so verschieden etwa die Hand des Menschen, der Flügel der Fledermaus, die Flosse des Wals, der Fuß des Pferdes aussehen, wenn wir die Skelette miteinander vergleichen, so finden wir immer genau die gleichen Knochengruppen wieder. Solche Uebereinstimmungen legen den Gedanken nahe, daß alle diese verschiedenartigen Organismen einen gemeinschaftlichen Stammvater hatten, von dem sie den gemeinsamen Bauplan erben. — Wir finden weiterhin bei den Organismen zahlreiche verkümmerte (rudimentäre) Organe, die für sie gar keine Bedeutung haben. Bei dem Wal z. B. gibt es Beckenknochen, die zum Anlaß der Hinterbeine dienen, obwohl die Wale gar keine Hinterbeine besitzen. Die einzige vernünftige Erklärung dafür ist, daß der Walfisch diese rudimentären Beckenknochen von seinen Vorfahren erbt, die noch Hinterbeine besaßen. Beim Menschen soll es nicht weniger als gegen 100 solcher Organe geben. Das „biogenetische Grundgesetz“ Haeckels besagt, daß jedes Tier in seiner Keimentwicklung jene Entwicklung in den Grundzügen wiederholt, die seine Vorfahren in einem Zeitraum von Jahrmillionen in ihrer stammesgeschichtlichen Entwicklung durchliefen. So hat z. B. der Mensch

in gewissen Abschnitten seiner Keimentwicklung Kiemenspalten wie ein Fisch (s. Abb.). Im Embryo der Bartenwale bilden sich zuerst Zahnanlagen aus, die später vollkommen verschwinden, um den Barten Platz zu machen. Wir besitzen für diesen Umweg der Entwicklung keine andere Erklärung, als daß eben die Vorfahren der Bartenwale wohl ausgebildete Zähne besaßen. Als Kronzeuge der Abstammungslehre zeigt uns heute die Biologie hinter unserer heutigen Organismenwelt eine lange Reihe ausgestorbener Faunen und Floren, von allereinfachsten Lebewesen zu immer höher fortgeschrittenen. In den frühesten Zeiten der Erdentwicklung gab es nur wirbellose Tiere; dann kamen Fische und Amphibien, am spätesten Reptilien, Säugtiere und Vögel und ganz zuletzt kommt der Mensch. Denselben Entwicklungszug finden wir nicht nur im großen Gesamtstammbaum der Lebewesen, sondern auch im einzelnen. Und so können wir z. B. beim Pferd eine Ahnenreihe zusammenstellen, die von einer nur fuchsgroßen fünfzehigen Urform aus der frühesten Tertiarzeit über spätere vier- und dreizehige Formen bis zur heutigen einzehigen Form führt. — In der Mitte unseres Bildes finden wir den kleinen Eohippus als älteste Stufe des Pferdes, links davon den etwas höheren Mesohippus, dann weiter rechts den Hypohippus, links oben das Neohipparion und oben in der Mitte das echte ursprüngliche wilde Pferd Nordamerikas, Equus Scotti.



Das Pferd und seine Ahnen im natürlichen Größenverhältnis. Aus dem Kosmosbändchen von W. Bölsche, Tierwanderungen in der Vorwelt.



Menschenkeim von 20 Tagen mit 4 Kiemenspalten. (Nach His).

geseh“ Haeckels besagt, daß jedes Tier in seiner Keimentwicklung jene Entwicklung in den Grundzügen wiederholt, die seine Vorfahren in einem Zeitraum von Jahrmillionen in ihrer stammesgeschichtlichen Entwicklung durchliefen. So hat z. B. der Mensch

es nur wirbellose Tiere; dann kamen Fische und Amphibien, am spätesten Reptilien, Säugtiere und Vögel und ganz zuletzt kommt der Mensch. Denselben Entwicklungszug finden wir nicht nur im großen Gesamtstammbaum der Lebewesen, sondern auch im einzelnen. Und so können wir z. B. beim Pferd eine Ahnenreihe zusammenstellen, die von einer nur fuchsgroßen fünfzehigen Urform aus der frühesten Tertiarzeit über spätere vier- und dreizehige Formen bis zur heutigen einzehigen Form führt. — In der Mitte unseres Bildes finden wir den kleinen Eohippus als älteste Stufe des Pferdes, links davon den etwas höheren Mesohippus, dann weiter rechts den Hypohippus, links oben das Neohipparion und oben in der Mitte das echte ursprüngliche wilde Pferd Nordamerikas, Equus Scotti.

Bei den ausgestorbenen Vorfahren des Pferdes, die ziemlich genau bekannt sind, stoßen wir auf eine ganz charakteristische Umwandlung der Extremitätenenden. Wie das heutige Pferd, besaß auch das in der Eiszeit weitverbreitete wilde Pferd an jedem Fuß, einen einzigen Huf. Neben dem längeren Knochen, an dem sich die letzten huftragenden Teile anschließen und der als Mittelhand bzw. Zehenknochen anzusehen ist, befinden sich zwei schwach entwickelte dünne Knochen, die sogenannten Griffelbeine. Diese beiden Griffelbeine sind die Rudimente der zweiten und vierten Zehe, während die Hufzehe die dritte Zehe des fünfzehigen Säugtierfußes darstellt. Je weiter wir die Funde in den tieferen Erdschichten verfolgen, desto deutlicher ergibt sich die Umwandlung des Pferdefußes aus dem Säugtierfuß.

Zuerst stoßen wir auf ein pferdeähnliches Tier, das zwei lange dünne Knochen trägt. In noch älteren Schichten finden wir einen Typ, der deutlich drei Zehen und die Andeutung einer vierten Zehe zeigt, noch weiter zurück begegnet uns ein Vorfahre des Pferdes, der neben der Zehe, die den Haupthuf trug, zwei kleinere huftragende Zehen besitzt neben der Andeutung einer kleinen fünften Zehe. In der vorletzten Gruppe beobachten wir vier huftragende Zehen am Vorderfuß, von denen die dritte Zehe entsprechend wie vorher die größte ist. Als letztes Glied in der Ahnenreihe des Pferdes sehen wir ein Tier, das außer den vier huftragenden Zehen der zweiten bis fünften, noch die Andeutung eines ersten Zehengliedes trägt. Je weiter wir in der Geschichte des Pferdes zurückgehen, desto geringer wird auch seine Körpergröße. Warum die Zahl der Zehen der Vorfahren des Pferdes zurückging, ist schwer zu erklären. Als Ursachen können nur klimatische Veränderungen des Erdbodens betrachtet werden. 9.

Die Bedingungen des Lebens

Eine verhältnismäßig dünne Schicht im Bereich der Erdrinde ist der Raum des Lebens. Hier freilich ist es beinahe überall verbreitet auf dem Land, im Wasser, im Boden und in der Luft, in der Tiefe unterirdischer Höhlen und auf den Gipfeln der Berge, in der Hitze der Tropen und an den Küsten der Eismeere. Immerhin gibt es Stellen, wo jede Spur von Leben fehlt: im Inneren von Schnee und Eis, in sehr heißen Quellen und in den Schlünden tätiger Dulkane. Es sind eben eine Anzahl von Bedingungen, die zusammentreffen müssen, damit Leben bestehen kann. Wo auch nur eine dieser Bedingungen fehlt, ist pflanzliches und tierisches Leben ausgeschlossen.

Das Leben der Einzelwesen läuft im Stoffwechsel ab. Unter stetem Verbrauch von Stoff und Kraft würde das Leben sich selbst aufzehren, wenn ihm nicht immer wieder Stoff und Kraft zu-

geführt würden. Alles Lebendige erhält sich nur in stetigem Wechsel, und mit dem Werden, Bestehen und Vergehen der Organismen ist auch unablässig ein großartiger Kreislauf des Stoffes verknüpft. Die zentrale Stellung in dem Umlauf des Lebens nehmen die grünen Pflanzen ein. Sie allein vermögen die lebensnotwendigen Stoffe aus der großen Verdünnung, in der sie in Wasser und Luft verteilt

sind, an sich zu raufen und durch ihre einzigartigen chemischen Leistungen die organische Masse der verwickelten Kohlenstoffverbindungen herzustellen. Die grünen Pflanzen verwerten in ihrem Stoffwechsel einfache Verbindungen, die keinen oder nur einen geringen Energiegehalt besitzen. Die Energiequelle des Aufbaues der Kohlenstoffverbindungen, zu denen der Kohlenstoff aus der Kohlenäure der Luft entnommen wird, ist die Sonnenstrahlung. Dadurch wird allen Tieren und den nichtgrünen Pflanzen die notwendige Nahrung geschaffen und zugleich auch ein Teil der auf die Erde gelangenden Strahlungsenergie der Sonne gespeichert. Tier und Mensch decken daraus den Energiebedarf ihrer Körper. Der Mensch überdies schafft sich durch Verbrennung der Kohlen und der Kohlenwasserstoffe seine hauptsächlichste Wärmequelle.

Die Entwicklung des Lebens auf der Erde von den Anfängen bis zur heutigen mannigfaltigen Fülle, die Entstehung und Aus-

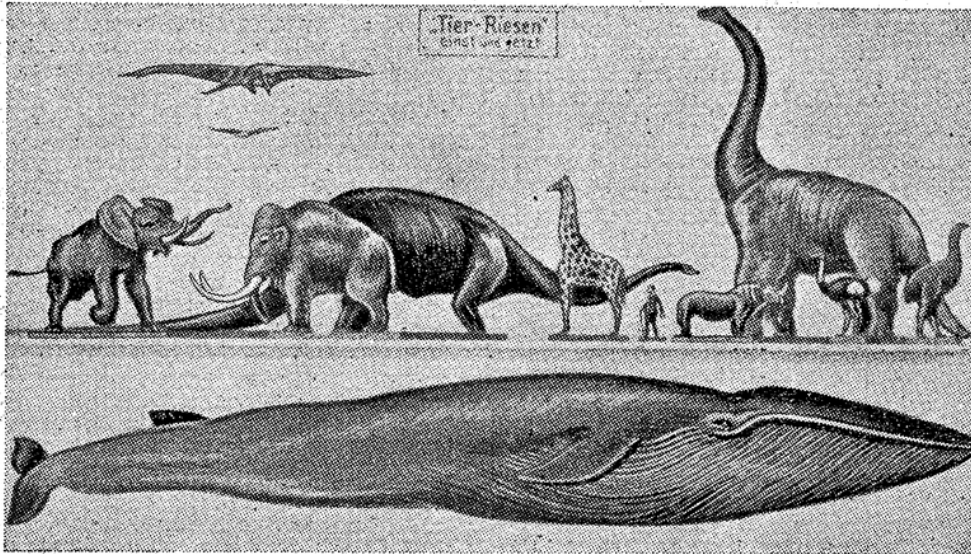
breitung der Biosphäre, ist nur möglich durch die Einbeziehung immer neuen Kohlenstoffes aus der Kohlenäure der Atmosphäre in den Stoffwechsel der Lebewesen. Ist es die Rolle der grünen Pflanzen, die lebende Masse auf der Erde zu bilden und zu mehren, so ist ihre Zerstörung das Werk der unter der Sehgrenze des unbewaffneten Auges liegenden Kleinlebewesen (Mikroben), die von tierischen und pflanzlichen Stoffen leben. Ihr überaus reger Stoffwechsel, eine Folge ihrer im Verhältnis zur Körpermasse großen Oberfläche, macht sie zu dieser abbauenden Tätigkeit geeignet, worin sie die großen Lebewesen bedeutend übertreffen. Das Zerstörungswerk ist ein durchgreifendes und läuft auf die völlige Auflösung der Gebilde hinaus. Nur zeitweilig häufen sich die Abfallstoffe des organischen Stoffwechsels an und treten als örtliche Vorkomnisse von Kohle, Petroleum, Bernstein oder Kalksteine

organischer Herkunft in Erscheinung. Das unaufhörliche Zerstörungswerk der Mikroben schreitet über die Zwischenstadien zur völligen Zertrümmerung der organischen Stoffe fort. Gärung, Fäulnis, Verwesung und Vermoderung bezeichnen die Umlegungen, denen die Stoffe tierischer Ausscheidungen oder abgestorbener Tiere und Pflanzen im Boden und Wasser unterliegen. Welche Art der

Zerlegung in Gang kommt, hängt von den gerade vorhandenen Mikroben ab, die sich selbst auf kleinstem Raum in ganz erstaunlicher Zahl und Mannigfaltigkeit vorfinden.

Nach dem Ueberblick über den Weg des Stoffumlaufs in der lebendigen Welt kennen wir die Stoffarten und die Bedingungen, die zum Ablauf der Vorgänge erfüllt sein müssen. Die Nahrung enthält die Stoffe, die der Organismus zum Leben braucht. Unumgänglich notwendig für das Leben ist das Wasser. Die Salze spielen außer als Bausteine noch besondere Rollen. Nur in gewissen Grenzen der Wärme ist Leben möglich. Die Erfüllungen aller Bedingungen paßt das lebendige Einzelwesen in eine bestimmte Umwelt, in seinen Lebensraum, ein.

(Aus „Das Leben auf der Erde“. Von Prof. Dr. J. Schäzel, Urania-Verlags-Gesellschaft, Jena.)



Nach einem Stellbild im Neuen Museum für allgemeine Naturkunde in Salzburg

Tier-Riesen einst und jetzt

Ueber die Körpergröße vorweltlicher und jetzt lebender Tiere herrschen in weiten Kreisen irrige Meinungen. So begegnet man oft der Ansicht, die Tierwelt der Urzeit habe Formen hervorgebracht, die alle heute lebenden Tierarten an Körpergröße weit überragten. Unser Vergleichsbild führt das Irrige einer solchen Anschauung überzeugend vor Augen; es beweist, daß das Walsäugetier, das heute noch unsere Meere bevölkert, immer noch weitaus das größte bekannte Tier ist, das auf der Erde gelebt hat. — Das lehrreiche Bild ist nach einem Schaustück des großen, von Dr. Traß nach ganz neuartigen Grundzügen aufgebauten Neuen Museums für allgemeine Naturkunde zu Salzburg angefertigt worden. Dort wurden in Anordnung und Ausstellungsart schon seit Jahren erstmalig eine Reihe neuzeitlicher Forderungen verwirklicht, die jetzt von fachwissenschaftlicher Seite an solche Schaustellungen gestellt werden. Dazu gehört in erster Linie ein Durchbrechen der bisher geübten starren Systematik; — vielmehr werden in kombinierter Darstellungsweise Tiere, Pflanzen usw. besonders in ihren Beziehungen zur Umwelt, zueinander, nach Maßgabe etwa gleicher oder ähnlicher Lebensäußerungen und

Lebensbedingungen usw., vorgeführt. Dadurch wird vor allem erreicht, daß in der Ausstellung jedermann, ob Fachmann oder Laie, ob interessierter oder uninteressierter Besucher, etwas findet, das seine Aufmerksamkeit erregt, wodurch er dann weiter geleitet und seine Teilnahme auch an dem übrigen Ausstellungsinhalt geweckt wird. — Die Tiere sind im gleichen Größenverhältnis zueinander dargestellt. Schon der flüchtige Anblick läßt erkennen, daß die größten Landtiere von den Reptilien der Jurazeit, die größten Flügeltiere von den Sauriern der Kreidezeit gestellt wurden, während die größten Wassertiere die heute noch lebenden Wale sind.

Im einzelnen enthält die Abbildung von links nach rechts folgende Tiere: Afrikanischer Elefant (3,50 Meter hoch), halb rechts darüber: Gänsegeier (2,20 Meter), über dem Gänsegeier: Pteranodon (8,40 Meter), rechts vom Elefanten: Mammut (4 Meter hoch), Diplodocus (22 Meter lang), Giraffe (5 Meter hoch), Mensch (1,70 Meter hoch), Nashorn (1,60 Meter hoch), Brachiosaurus (11 Meter hoch), Afrikanischer Strauß (2,50 Meter hoch), Moa (3,50 Meter hoch). Monatschrift „Kosmos“ (Frankische Verlags-Handlung, Stuttgart.)

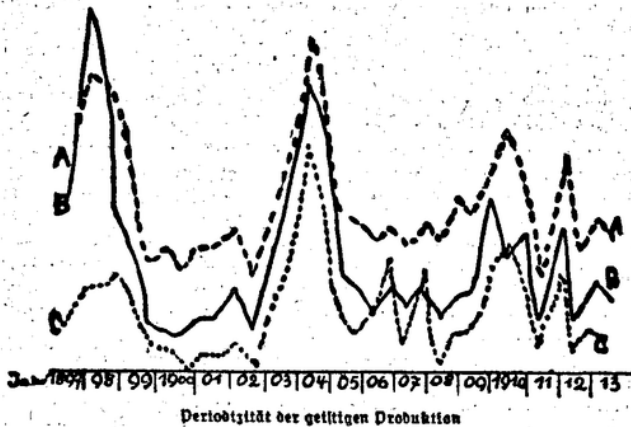
Rhythmus und periodische Schwankungen

Ein mächtiges und umfassendes Gesetz waltet über dem Weltgeschehen, das Gesetz des Rhythmus, der abgemessenen Gliederung der Bewegung. Es gibt keinen beharrlichen Zustand, es gibt nur Veränderung. Alles ist in Bewegung, „alles fließt“, wie der griechische Philosoph Heraklit um das Jahr 500 v. Chr. sich ausdrückte.

Diese fortwährende Wandelbarkeit der Dinge, deren Erkenntnis viele irrtümlich als eine Errungenschaft der Neuzeit ansehen, war damals durchaus Allgemeingut der Gelehrten und fand sogar schon ihren Ausdruck in einer Art Entwicklungslehre, ähnlich dem modernen Darwinismus. Anaximander lehrte 600 v. Chr. bereits, daß die Weltkörper durch Rotation flüssiger Massen entstanden seien, und daß als Folge der Sonnenwärme das Leben sich zuerst im Wasser entwickelt habe; später seien dann Lebewesen aufs Land gegangen, sogar der Mensch, der ursprünglich als stacheliges, fischartiges Wesen existiert habe. Wir finden hier deutlich Anklänge an die Anschauungen, die von dem Münchener Forscher Dacque vertreten werden. Daß die ersten Lebewesen im Wasser entstanden, ist übrigens auch die Meinung der heutigen Wissenschaft.

Ein ewiges Auf und Ab, Werden und Vergehen erfüllt die Räume und Zeiten von dem uns unfaßbaren Urbeginn des Seins an und wird weiterreichen bis in jene Epochen, die menschlichem Begriffsvermögen entrückt im Schoße der Zukunft schlummern. Der Wechsel von Tag und Nacht, die Ablösung der Jahreszeiten, der menschlichen und tierischen Altersstufen, vom Jugendalter bis zum Greisentum, die ununterbrochene Folge von Blüte, Frucht und Ruhezeit bei den Pflanzen — das alles ist der Ausdruck eines Gesetzes. Erstaufrichtig und bismellen beängstigend sind die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen rhythmischen Bewegungen, Zusammenhänge, die weit über den Rahmen des Irdischen hinausreichen. So sehen wir, daß zwischen der Häufigkeit der Sonnenflecke und den Störungen des Erdmagnetismus ein auffallender Parallelismus besteht, und es ist sogar nicht ohne Erfolg der Nachweis versucht worden, daß zwischen den Sonnenfleckenperioden, den periodischen Schwankungen des Grundwasserspiegels und dem Auftreten von Seuchen und Kriegen ein nicht näher erklärbarer, aber feststellbarer Zusammenhang besteht.

Ueber periodische Erscheinungen in den Lebensprozessen ist schon viel geschrieben worden. Wenn man auch noch manches Rätsel auf diesem Gebiete zu lösen hat, verfügt man doch immerhin über eine ganze Anzahl gesicherter Forschungsergebnisse. Wir wissen um den rhythmischen Charakter der Prozesse in den Nerven, den Nervenzentren, Muskeln, im Blutkreislauf und Verdauungssystem, um periodische Prozesse im Geschlechtsleben, im Stoffwechsel und sogar im seelischen Geschehen. Wohin wir uns auch wenden, nirgends kommen wir um die Tatsache herum, daß der periodische Ablauf allen Geschehens das Wesensbestimmende dieses Vorganges ist. Eine besondere Stütze hat diese Auffassung durch die Forschung des Berliner Arztes und Biologen Wilhelm Fließ



erhalten, nach dem das menschliche Leben, weit davon entfernt, einen unregelmäßigen, nicht vorherzusehenden Verlauf zu nehmen, durch ganz bestimmte Rhythmen beherrscht wird, und zwar sind es Perioden von 25 und 28 Tagen, die sich ineinander verflechten. Fließ betrachtet diese beiden Perioden als Ausprägungen der männlichen und weiblichen Substanzen, aus denen unser Körper sich aufbaut. Und in der Tat zeigt uns die Entwicklungslehre, daß

in jedem Menschen ein männliches und ein weibliches Prinzip, nur in verschiedener Stärke, vorhanden ist.

Wie gerade auf geistigem und seelischem Gebiet — in Uebereinstimmung mit dem Wechsel der Funktionsstärken bei gewissen innersekretorischen Drüsen — die Periodizität sich geltend macht, hat ein Forscher an Beispielen gezeigt, die sich mit der Zeitgliederung des Gedankenlebens befassen. Das Material bestand in Tagebüchern, in die der zu Untersuchende 16 Jahre lang regelmäßig Eintragungen gemacht hat. Da außerdem keine geistige Tätigkeit geleistet wurde, läßt sich aus diesen Tagebüchern leicht ein Schluß auf die Veränderungen des gesamten Geisteslebens des Betreffenden ziehen. Das Ergebnis der Untersuchung war folgendes:

Inhaltlich und der Menge der Aufzeichnungen nach wechseln fruchtbare und weniger fruchtbare Jahre in regelmäßigen Zwischenräumen miteinander ab. In der Abbildung bezeichnet die Kurve A in jedem Halbjahr die Zahl der Tage, an denen überhaupt Tagebuch geführt wurde. Die Kurve entspricht also der Produktionsdichtigkeit. Die Kurve B bezeichnet die Zahl der in jedem Halbjahr beschriebenen Seiten, also die Produktionsmenge. Die Kurve C entspricht der Zahl der in jedem Halbjahr produzierten Gedanken. Die Zeichnung zeigt, daß in Zwischenräumen von 6½ und 6¼ Jahren starke Steigerungen der Lebensintensität auftreten. Wie aus den Tagebüchern weiter hervorgeht, ist auch die Stimmung in den Steigerungsperioden von der der anderen Seiten verschieden. Im ersten Falle mehr gehoben und selbstlicher, im zweiten gedrückt und schwächlich. Die Betrachtung der Kurven gibt jedenfalls der alten Annahme recht, daß der Mensch alle sieben Jahre eine Umwandlung körperlicher und seelischer Art erfährt, daß also sein Leben in siebenjährige Perioden zerfällt.

Aus „Tiere, Sonnen und Atome“ von Kurt Biging.
(Verlag der Büchergilde Gutenberg.)

Mensch und Natur

Soviel ist sicher, bei der vergleichenden Physiologie bekommt man eine schmächtige Verachtung gegen die idealistische Ueberhebung des Menschen über die andern Bestien. Auf jedem Schritt wird man mit der Nase auf die völlige Uebereinstimmung der Struktur mit den übrigen Säugetieren gestoßen, in den Grundzügen geht die Uebereinstimmung durch bei allen Wirbeltieren und selbst — verwirrt — bei Insekten, Krustazoen, Bandwürmern usw. Die hegelische Geschichte vom qualitativen Sprung in der brutalsten Infusorien, kommt man bei der Urgestalt, der einfachen, selbständig lebenden Zelle an, die sich aber auch wieder in nichts Wahrnehmbarem von der untergeordneten Pflanze (den aus einfachen Zellen bestehenden Pilzen — Kartoffel- und Weizenkrankheitspilz usw.) und von den Keimen der höheren Entwicklungsstufen bis zum menschlichen Ei und Samentieren inklusive unterscheidet und egal ebenso aussieht wie die unabhängigen Zellen im lebenden Körper (Blutkörperchen, Oberhaut- und Schleimhautzellen, Sekretionszellen in den Drüsen, Nieren usw.).

Friedrich Engels an Karl Marx am 14. Juli 1858.

Die wichtigste Entdeckung über den Urmenschen

Der berühmte englische Prähistoriker Professor Elliot Smith ist jetzt von einer Reise nach China zurückgekehrt, die er zu dem Zweck unternommen hat, um die vor einiger Zeit in einer Höhle in der Nähe von Peking gefundenen Ueberreste des Urmenschen zu untersuchen. Smith hält diese Funde für die wichtigste Entdeckung, die bisher überhaupt auf diesem Gebiete gemacht worden ist. Die Ueberreste sind nach seiner Ansicht Millionen Jahre alt und werden eine sichere Grundlage geben, um die Geschichte des Urmenschen zu erforschen. „Bei der Untersuchung an Ort und Stelle gewann ich einen überwältigenden Eindruck von der Wichtigkeit der Erkenntnisse, die dadurch gesichert werden“, sagte er. „Das Material ist wichtiger als alle Ueberreste, die bisher über die Entstehung des Menschengeschlechts entdeckt worden sind. Es ist nicht nur das große Alter der Skelette, sondern die Tatsache, daß man nun die Lücke zwischen den bisher bekannten Typen, besonders dem Pithecanthropus von Java und dem Pittdown-Schädel, überbrückt ist. Die Schädel sind viel primitiver als alle anderen und stehen der direkten Entwicklungslinie zum modernen Menschen näher.“ („Schwäbische Tagwacht“.)

klings ja beinahe wie Hochverrat an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wir glauben aber, daß die in Frage kommenden Arbeitgeberverbände nicht wegen schöner Bonzenaugen die Allgemeinverbindlichkeit ihrer Tarifverträge für notwendig gehalten haben. Nun noch einige Blüten aus dem Feldgeschrei der Arbeitgeber-Zeitung:

„Die Tarifpolitik der Allgemeinverbindlichkeitserklärung bedeutet in allen Fällen eine Vergewaltigung von Minderheiten.“

„Da in der Regel die regionalen Tarifabschlüsse günstiger sind (d. h. für den Arbeitgeber. D. Red.) als insbesondere die Reichslohntarife, so könnte durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung mit einem Schlag die gesamte regionaltarifliche (Schmuz- D. Red.) Konkurrenz bis auf weiteres lahmgelegt werden.“

Das ist natürlich der größte Schmerz für ein armes Kapitalistenherz. — Dann wird behauptet, daß auch die Gewerkschaften nicht des Schutzes der Allgemeinverbindlichkeitserklärung bedürfen, weil ihnen „hinreichend wirksame Mittel zur Verfügung stehen, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse eines Tarifaußen-seiters“ „einem tatsächlich maßgebenden Tarifvertrag anzugleichen“. Genau 15 Zeilen später wird wieder das Gegenteil behauptet „daß sich der staatliche Zwang (die Allgemeinverbindlichkeitserklärung) für sie überall dort einsetzt, wo die Organisation versagt.“

Was ist und was will unsere Verbandsstatistik?

Auf die Frage: Was ist unsere Verbandsstatistik? lautet die kurze Antwort: Das Gewissen unseres Verbandes! Was für unser Verbandsleben Geltung hat, besitzt gleiche Bedeutung für jedes andere menschliche Gemeinwesen. Unter dem Fremdwort Statistik ist zu verstehen: die Erforschung und Bearbeitung der auf Zählungen beruhenden Erfahrungen über das Leben der Gesellschaft, über alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Reich, Staat, Kommunen wie privaten Unternehmen. Auf zahlenmäßige und vor allem gewissenschaftliche Erforschung ist die Betonung zu legen. Wird die Statistik so verstanden und bearbeitet, dann ist die oben angegebene Antwort zutreffend nicht nur für unser Verbandsleben, sondern in weiterem Sinne verstanden, das Gewissen der menschlichen Gesellschaft. Unter voller Würdigung dieses Umstandes haben die großen Lehrmeister des Sozialismus der modernen Arbeiterbewegung die Pflege sorgfältiger und regelmässiger statistischer Zählungen gelehrt.

Im wirtschaftlichen Kampf, den gerade die Gewerkschaften mit einem übermächtigen Gegner zu führen gezwungen sind, wäre es pflichtvergessen, genaue zahlenmäßige Feststellungen der gegenseitigen Kampforganisationen zu unterlassen.

Damit berühren wir bereits die zweite Frage: „Was will unsere Verbandsstatistik? Sie will uns ein Rüstzeug, Wegweiser und Kampfmittel sein, ein durch die gewerkschaftliche Erfahrungswissenschaft erprobtes Werkzeug. Die Statistik liefert den zahlenmäßigen Nachweis für unsere taktischen Maßnahmen bei unseren Kämpfen, ganz gleich nach welcher Richtung solche geführt werden müssen. Die Statistik liefert uns aber auch den zahlenmäßigen Nachweis für vorhandene Mängel und Schwächen des inneren und äußeren Organisationskörpers. Wie der Baumeister zahlenmäßig Menge oder Stärke der verschiedenen Baumaterialien für ein Bauwerk feststellt, so auch verfährt der Verbandsfunktionär mit gewonnenen statistischen Zahlen in der Organisations- und Agitationsarbeit. Danach stellt er die Pläne fest, nach denen erfolgreich agitiert und organisiert werden muß, nach denen Lohnbewegungen zu führen sind, gegebenenfalls gestreikt werden kann. Wie der Baumeister die in Zahlen ausgedrückten statistischen Gesetze kennen muß, soll das Bauwerk nicht nur dauernden Bestand haben, sondern auch harmonischen Formenausdruck gewinnen, so auch muß der Organisator die statistischen Organisationsgesetze kennen, soll der Organisationsbau festes Gefüge bekommen, dauernden festen Bestand behalten und ein harmonisches Zusammenwirken aller Verbandsmitglieder auslösen. Diese Kenntnis, ja diese Kunst schöpft der Organisator aus den mächtigen, trockenen Zahlen der Statistik.

Im gleichen Maße wie dem Organisator dient die Statistik dem Agitator. Das gesprochene Wort und die Argumente haben durch unwiderlegbare Zahlen gestützt, noch höhere Wirkung. Der Zuhörer vermag sich den zahlenmäßig belegten Tatsachen nicht zu entziehen; er wird überzeugt — wird Anhänger. Zahlenmäßiges Tatsachenmaterial ist in allen Fällen, auch den gewagtesten demagogischen Redekünsten überlegen. Der Agitator, der solches Material in geschickter Weise zu verwenden weiß, wird meistens überlegen erfolgreich sein.

Dann geht aber dem Verfasser unter einem * der Weisheit letzter Schluß auf. Er entdeckt die ungeheuerliche Gefahr, er wittert den Hochverrat an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellt fest:

„Wer da mitmacht, fördert ohne Not und ohne Zweck die Sozialisierung der Wirtschaft an einem entscheidenden Punkte, der zudem ein Punkt verhältnismäßig geringen Widerstandes ist.“

Ueber diese plumpe demagogische Behauptung werden nicht nur die Hühner, sondern auch alle beteiligten Kreise lachen. — Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ kämpft sicher gegen jede Sozialisierung. Im vorliegenden Falle geht es ihr aber um Gegenwarts- und nicht um Zukunftsfragen. Der Kampf geht gegen die Auswirkung der Bezirks- und Reichstarifverträge. Ihre Sehnsucht ist, wenn es schon nicht ohne Tarifverträge geht, dann aber möglichst nur Orts- und Werkstarifverträge, weil die nach ihrem eigenen Geständnis für die Arbeitgeber „günstiger“ sind. Daß der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände anscheinend alle Mittel recht sind, dieses Ziel zu erreichen, beweist unter anderem auch der hier behandelte Artikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“. Dieser Kampfruf der Arbeitgeber soll ein Mahnruf für alle Kollegen werden, sich aktiv an der Aufklärung aller Unorganisierten zu beteiligen. Paul Schulz.

Welcher Kollege, der an Verhandlungen über Lohnforderung oder Arbeitszeitverkürzung und dergleichen teilzunehmen hatte, konnte auf statistisches Zahlenmaterial verzichten? Am Verhandlungstisch werden die statistischen Zahlen über Löhne und Unterhaltskosten wie die Schachfiguren hin und her geschoben. Und unseren Betriebsräten wird die Lösung ihrer großen Aufgaben ohne eingehende Kenntnis der Verbands- und volkswirtschaftlichen Statistiken unmöglich sein.

Die Erwähnung solcher Selbstverständlichkeiten sollte eigentlich überflüssig sein. Der aufmerksame Leser der „Gewerkschaft“ kann mit Fug und Recht sagen, daß die Darlegungen eine Wiederholung von so oft Gesagtem seien. Das ist richtig. Wenn trotzdem eine so ausführliche Behandlung mancher Selbstverständlichkeiten an dieser Stelle erfolgt, so hat das seinen Grund darin, daß manche unserer Funktionäre den Zweck und die Bedeutung unserer Verbandsstatistik noch immer nicht in vollem Maße erfasst haben. Eine andere Erklärung für mangelhafte, verspätete oder gar keine statistische Berichterstattung durch manche Verbandsfunktionäre ist nicht gegeben. Wo volles Verständnis für die Notwendigkeit einer Sache vorhanden ist, ist auch der gute Wille da.

Nun gehört zu dem Verständnis noch ein weiteres, nämlich die genaue Beachtung des geltenden statistischen Systems. Statistik ist auch Systematik. Ohne Systematik keine richtige Statistik! Dieser Grundsatz muß allen Funktionären, die die Aufgabe haben, statistische Berichte zu machen, fest und unverrückbar im Gedächtnis haften, ihre Berichterstattung bestimmen. So tragen z. B. die den Ortsverwaltungen zugehenden Berichtskarten oder Fragebogen immer einen Vermerk über den Zeitpunkt der Beantwortung und ferner, bis zu welchem Datum die beantwortete Karte oder der Fragebogen einzusenden ist. Das zu beachten und zu befolgen ist einer der wichtigsten Grundsätze im statistischen System. Und warum? Weil die Fragebeantwortung über eine bestimmte Erscheinung oder Größe in jedem anderen als dem vorgeschriebenen Zeitpunkt eine andere sein kann. Im Wesen der systematischen Statistik liegt es, den eingetretenen Wechsel und die Wechselfolge der Erscheinungen oder Größen zahlenmäßig nachzuweisen. Daraus ist erkennbar, wie eine vorschriftsmäßige Fragebeantwortung für zuverlässiges Zahlenmaterial dringend geboten ist. Hinzu kommt bei unpunktlicher Berichterstattung unnötiges Mahnen, was Zeit und Portokosten verursacht und die Bearbeitung des Materials unliebsam verzögert. Das Nachteiligste dabei ist die späte Bekanntgabe des Gesamtergebnisses. Je früher das Gesamtergebnis, um so höher sein Wert.

Auch sei auf eine sich vielfach bemerkbar machende Unsitte hingewiesen, in Fällen, wo gegenüber der letzten Berichterstattung keine Veränderung eingetreten ist, die Berichtskarte oder Fragebogen nicht einzusenden. Diese Auffassung ist falsch. Der das Material zusammenstellende Statistiker kann nicht wissen, was vorliegt und muß sich die Arbeit machen, das alte Zahlenmaterial auszuscheiden und durch ergänzende Erläuterungen verständlich und kenntlich zu machen. Also Grundsatz: Vorschriftsmäßige, punktliche Berichterstattung auch in Fällen, wo keine Veränderungen vorliegen.

(Fortsetzung auf Sp. 27.)

Ein anderes sehr wesentliches Moment ist die Fragebeantwortung selbst. Fragebogen oder -karte bilden mit den verschiedenen Fragen ein durchdachtes, systematisches Ganzes. Die auf den Fragebogen oder -karten gemachten Erläuterungen sind streng zu beachten, da sie oft für die richtige Fragebeantwortung sozusagen den Schlüssel bilden. Größeren Fragebogen werden meist noch erläuternde Begleitschreiben beigelegt. Also: Erläuterungen auf Karten, Fragebogen oder Begleitschreiben streng befolgen. Wo Zweifelsfälle eintreten, ist beim Bezirk oder Hauptverwaltung anzufragen. Grundsatz muß sein: Gewissenhaft die gestellte Frage lesen, prüfen und dann beantworten.

Ist keine Berichterstattung ein Uebel, so ist mangelhafte, flüchtige oder gar auf ganz oberflächlicher Schätzung beruhende Berichterstattung ein sträfliches Vergehen. Fahrlässige Berichterstattung gleicht fahrlässigem Betrug. Die menschliche Unvoll-

kommenheit drückt sich in den begangenen Fehlern aus; sie zu vermeiden, bedingt Streben nach Vollkommenheit. Fehlt dieses Streben, so arret das menschliche Dasein aus in Selbstbetrug mit seinen schlimmen Folgen. Das übertragen auf unsere statistischen Arbeiten heißt: Selbstbetrug ist jede unwahre oder unzuverlässige Fragebeantwortung.

In zäher Kleinarbeit haben die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich ihre vorbildlichen Verbände geschaffen. In den Jahresberichten, den Gewerkschaftsblättern, wo die statistischen Zahlen und Zahlentabellen sozusagen die Jahresringe des Wachstums anzeigen, wird dem ärgsten Gegner und Feinde der gewerkschaftlichen Organisation die Achtung vor der selbstlosen, mühevollen Kleinarbeit abgetrotzt. In diesem bewährten freigewerkschaftlichen Kampfesgeist wollen wir auch im Gesamt-Verband auf dem so nüchternen Zahlengebiet der Verbandsstatistik weitere eifrige Pionierarbeit für das Proletariat leisten. K a m r o w s k i.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Das Betriebsrätegesetz und seine Anwendung

Die bei der Schaffung des Betriebsrätegesetzes bereits schon zum Teil bestehenden Arbeiterausschüsse, Werkstätten- oder Baubelegierten hatten schon immer die Aufgabe, den Gesamtwillen der Belegschaft dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten. Diese Aufgaben, einschließlich der Vertretung berechtigter Interessen des Einzelarbeitnehmers, brauchten nur übernommen und entsprechend der gesetzlichen Stellung des Betriebsrats als öffentlich-rechtliche Institution ausgewertet und vertieft werden. In den ersten Jahren des Betriebsrätegesetzes war es fast ausschließlich und heute ist es noch immer zum Teil die Haupttätigkeit der Betriebsräte. Aber auch die übrigen durch das Betriebsrätegesetz dem Betriebsrat zufallenden Aufgaben mußten teils sich von selbst ergeben, teils gewollt und bewußt in das Tätigkeitsgebiet des Betriebsrats eingreifen. Sich von selbst ergebend, waren die Aufgaben, die durch das Recht des Betriebsrats, bei Einstellungen und Entlassungen mitzuwirken, zwangsläufig vom Betriebsrat erledigt werden mußten. Ein großer Teil der Tätigkeit der Betriebsräte ist auf diese Aufgabe zu buchen, die wohl immer mit dem Willen unternommen wurde, die Rechte des bedrohten Arbeitnehmers zu schützen, wobei es in diesem Zusammenhang belanglos sein kann, ob das auch in jedem Falle gelang. Die Tatsache, daß ein arbeitsgerichtliches Verfahren im allgemeinen nur ermöglicht wird, wenn der Gruppenrat dem Einspruch des Gehkündigten stattgibt, ließ die Frage aufwerfen, ob nicht im Interesse des Arbeitnehmers dem Einspruch in jedem Falle stattzugeben sei. Glücklicherweise steht wohl die übergroße Mehrzahl der Betriebsräte heute auf dem Standpunkt, daß, wenn auch durch diese Tatsache dem Gruppenrat eine große Verantwortung zufällt, weil bei einem ablehnenden Beschluß des Gruppenrats dem Gehkündigten weitere Möglichkeiten, sein vermeintliches oder wirkliches Recht zu finden, genommen sind, trotzdem der Gruppenrat diese Verantwortung nicht von sich auf das Arbeitsgericht abschleiben darf. Der Beschluß des Betriebsrats würde ja bei allen diesen Fragen wertlos sein, was sich wiederum bei der Urteilsfindung des Arbeitsgerichts als nachteilig für den Betroffenen auswirken könnte.

Bewußt und gewollt wandten sich, besonders in den letzten Jahren, die Betriebsräte der Aufgabe zu, die ihnen durch die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, mitzuwirken bei den wirtschaftlichen Zwecken des Unternehmens, durch Vorlage und Erläuterung der Bilanz, Einsicht in die finanziellen Grundlagen des Unternehmens verlangen zu können usw. gegeben war. Buchführungs-Bilanzkenntnisse zu erwarten, ist sozusagen die große Mode geworden. Ohne die Wichtigkeit dieser Aufgabe zu verkennen, sei hier einmal eine kleine Einschränkung gemacht. Selbst dem bilanzsichersten Betriebsrat, auch wenn ihm alle benötigten Unterlagen zur Verfügung stehen, würde es nur unter sehr großer Anwendung von Zeit, wie sie dem Betriebsrat im allgemeinen nicht zur Verfügung steht, möglich sein, eine Bilanz nach allen Seiten hin reellrecht zu prüfen, wobei es dahingestellt sein mag, ob nicht überhaupt die Kunst, alle Kniffe und Schliche der Bilanzverschleierung zu entwirren, nur dem geübten Fachmann zu eigen ist. Die aufwendende Mühe des Eindringens in alle diese Fragen braucht deshalb nicht vergebens gewesen zu sein. Nur packt der Betriebsrat diese Frage am praktischsten von unten auf an. Wer z. B. den Wert der Selbstkostenrechnung erkannt hat, wird die erworbenen Kenntnisse sehr gut verwenden können in dem Kampf der öffentlich-rechtlichen Betriebe gegen das Eindringen von

Privatkapital und Unternehmerarbeit. Errechnung der Selbstkosten und Vergleich mit den geforderten Preisen des Privatunternehmers! So sind die Betriebsräte bemüht, die zum Teil recht neuartigen Aufgaben, die ihnen das Betriebsrätegesetz stellt, zu meistern, und nicht ohne Erfolg. Den Gewerkschaften fällt weiterhin die Aufgabe zu, diese Bemühungen allseitig kräftig zu unterstützen und zu fördern. A. S t. , H a m b u r g.

Bildung als Kampfmittel der Gewerkschaften

Im Arsenal gewerkschaftlicher Kampfmittel spielt die Bildungsarbeit eine nicht zu unterschätzende Rolle. So leicht man zunächst auch geneigt ist, vom Erfolg dieser Arbeit nicht viel zu halten, so sehr überzeugt jedoch schon wenig Nachdenken von der Richtigkeit vorstehender Behauptung.

Zu keiner Zeit haben die freien Gewerkschaften auf die Schulung ihrer Mitglieder und auf die Heranbildung geeigneter, sachkundiger Vertrauensleute verzichten können. Je mehr die Gewerkschaften heranwachsen, um so stärker muß die Bildungsarbeit ausgebaut werden. Es ist für die Führung von Verhandlungen, für Auseinandersetzungen und für Streiks nicht gleichgültig, ob man es mit einer geschulten disziplinierten Masse oder mit ungeschulten Elementen zu tun hat. Der Erfolg einer gewerkschaftlichen Unternehmung steht immer in einem bestimmten Verhältnis zur Einigkeit der betroffenen Berufsgruppen und zum Bildungsniveau derselben.

Wachsender Einfluß der Gewerkschaften wirkt sich in starker Anteilnahme an den Verhandlungen und Entscheidungen der Gemeindeparlamente, der Sozialversicherungsinstanzen, der Schlichtungsausschüsse und Arbeitsgerichte aus. In immer größerer Zahl werden Funktionäre gebraucht, die mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und mit dem Arbeitsrecht umzugehen verstehen. Es ist ein großer Unterschied (der sich sehr fühlbar für die betreffende Belegschaft auswirkt), ob im Betriebs- oder Gruppenrat fähige, kenntnisreiche Gewerkschaftler oder ungeschulte Kollegen sitzen.

Niemand fürchtet die systematische Heranbildung von Funktionären und Mitarbeitern mehr als die Unternehmer. Neben der Heranbildung sachverständiger Vertrauensleute ist es Aufgabe der modernen Gewerkschaft, auch für gute erfolgreich arbeitende Agitatoren Sorge zu tragen. Wir kommen ohne eine Pflege unserer Weltanschauung nicht aus. Es entspricht dem Wesen der freien Gewerkschaften, immer erneut wieder an die Unorganisierten und falsch Organisierten heranzutreten, um sie für die Gewerkschaft zu gewinnen. Auch die breite Masse der Gewonnenen muß immer wieder erneut bearbeitet werden. Unsere Gegenwart mit ihren großen Anarissen von rechts und von links her macht den Gewerkschaften Gesinnungspflege zur Aufgabe.

Auch auf die Angehörigen der Organisierten erzieherisch einzuwirken ist notwendig. Bis tief in die Familie hinein müssen die modernen, freien Gewerkschaften mit ihrer Bildungsarbeit und Weltanschauungspflege vordringen.

Daneben spielt eine durchaus nicht untergeordnete Rolle die fachliche Schulung der Mitarbeiter. Unsere großen Berufsgruppen GEW., Gesundheitswesen, Kraftfahrer, Feuerwehr, Post, Gartenbau und andere kommen ohne fachliche Schulungsveranstaltungen nicht aus. Für den Kampf der Gewerkschaften ist der Unverstand der Massen nach wie vor der gefährlichste Feind. Die Bildungsarbeit sollte deshalb weitest gehend unterstützt werden. Jede freie Minute sei ihr gewidmet. O. K u r p a t.

Albert Ihle †

„Rasch tritt der Tod den Menschen an!“ Dieses Schillerwort hat sich wieder einmal erfüllt an unserm Kollegen Albert Ihle, Bezirksleiter des Gesamt-Verbandes in Hamburg. Am Morgen des 3. Januar 1930 ereilte ihn der Tod durch Gehirnschlag. Albert Ihle war am 1. Dezember 1869 in Chemnitz geboren. Er erlernte das Schlosserhandwerk und kam auf seiner Wanderschaft nach Hamburg, wo er bodenständig wurde. Bald spielte er eine führende Rolle in der Hamburger Mitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Als 1911, anlässlich eines Streiks, zwischen großen



Teilen der Mitgliedschaft und der Ortsverwaltung ein Konflikt ausbrach, schien es, als sollten einige Kollegen, darunter auch Ihle, auf der Strecke bleiben. Da war es das große Verdienst unseres unvergesslichen Heinrich Schönberg, daß er den hochbegabten Ihle für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gewann. Ihle wurde nun zweiter Vorsitzender der Hamburger Filiale dieses Verbandes. Damit war auch ein ebenbürtiger Nachfolger für den lungenkranken Schönberg gewonnen, mit dessen baldigem Ableben gerechnet werden mußte. Immerhin hat Schönberg noch bis zum Jahre 1919 die Geschicke der Filiale lenken und die Interessen der Hamburger Staatsarbeiter mit seinem starken Temperament vertreten können. Dann aber trat Ihle als vollwertiger Nachfolger an seine Stelle. Und wie der Einfluß Schönbergs über Hamburgs Grenzen hinaus im gesamten Verbands groß war, so beachtlich war auch das Wort Ihles bei allen großen Entscheidungen, die der Verband zu treffen hatte. Ausschlaggebend mitgewirkt hat Ihle seinerzeit bei Schaffung des Reichsmanteltarifvertrages für die Gemeindearbeiter und auch dem Gedanken des Soziallohnes und des sozialen Arbeitsrechts hat er mit zum Durchbruch verholfen, so daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter innerhalb der deutschen Gewerkschaften führend wurde. So nimmt es auch nicht wunder, daß Ihle, dessen Blick immer aufs Große und Ganze gerichtet war, mitentscheidend für die Verschmelzung zum Gesamt-Verband gewirkt hat.

Neben seiner umfangreichen Gewerkschaftsarbeit war Albert Ihle auch politisch tätig. Im Jahre 1919 wählte ihn die Hamburger Sozialdemokratie in die Bürgererschaft, der er von da ab bis zu seinem Tode angehörte. Manche Gefahren für die Hamburger Staatsarbeiter konnte er hier abwehren, viel Gutes für sie herausholen.

So verdanken ihm die Gemeinde- und Staatsarbeiter und schließlich auch der Gesamt-Verband sehr viel. Wie unsere verstorbenen Kollegen Heinrich Bürger und Heinrich Schönberg in der Geschichte des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Hamburger Gewerkschaften stets einen Ehrenplatz einnehmen, so wird auch Albert Ihle zu den Unvergesslichen zählen, sein Name stets mit Hochachtung genannt werden.

G. R.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Franzen verurteilt. Das Braunschweiger Obergericht hat im Prozeß „Vollstrecker“ gegen Franz den Beschluß der vorhergehenden Instanz, nach der dem Vollstrecker verboten war, die Haltung Franzens bei der bekannten Berliner Affäre zu verbreiten, aufgehoben. — In dem Berliner Prozeß gegen den falschen Lohse, der zu 300 RM. Geldstrafe verurteilt wurde (der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis und vier Wochen Haft beantragt), wurde das Verhalten des Dr. Franzens als in der Kriminalgeschichte einzig dastehend bezeichnet.

Das Verbot des Saalfelder Volksblattes, das durch den thüringischen Innenminister Fried verhängt wurde, hat das Reichsgericht mit sofortiger Wirkung am 22. Dezember aufgehoben.

Der Film „1914 — die Schiffe von Serajewo“ — wurde auf Grund eines Gutachtens des Auswärtigen Amtes durch die Berliner Filmprüfstelle verboten.

Ein Vergleich zwischen Wirth und Fried hat durch Vermittlung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Lumke stattgefunden. Danach hebt das Reich die Sperrung der Polizeizuschüsse auf und bezahlt die bisher einbehaltenen Beträge nach. Das Land Thüringen nimmt seinen Antrag vor dem Staatsgerichtshof zurück.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Eduard David ist am 24. Dezember im Alter von 67 Jahren gestorben.

Die durch den Bombenwerfer-Prozeß zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilten Bied, Lohmann und Feder wurden am 24. Dezember aus der Haft entlassen.

Nationalsozialistische Nordbuben haben in der Silbesternacht in Berlin einen Sozialdemokraten und einen Reichsbannermann erschossen.

Die Nationalsozialisten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach der Reichsinnenminister Dr. Wirth und der Reichswehrminister Dr. Groener wegen Verletzung der Reichsverfassung vor dem Staatsgerichtshof angeklagt werden sollen.

Gegen eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung hat sich der Parteivorsitzende des Zentrums Prälat Dr. Raas Scharf ausgesprochen.

300 000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet wurde zum 15. Januar gekündigt, nachdem Lohnverhandlungen gescheitert sind.

Rund 523 Millionen Mark Mindereinnahmen des Reiches stellt das Reichsfinanzministerium für die letzten acht Monate fest.

3 977 000 Arbeitslose wurden am 15. Dezember 1930 gezählt. Das ist eine Zunahme gegenüber dem 1. Dezember von 278 000.

Kreditverhandlungen der Stadt Berlin haben zu dem Ergebnis geführt, daß ein Konsortium unter Führung der Seehandlung und der DEDJ, 25 Millionen und weitere 25 Millionen durch ein ausländisches Konsortium beschafft werden.

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten ist von 143,5 im November auf 141,6 im Dezember gesunken.

Eine Strompreiserhöhung haben die Berliner Elektrizitätswerke am 20. Dezember beschlossen. Der Haushaltsstarif wird um 2 Pf. pro Kilowattstunde gekürzt. Wichtig ist der zum Beschluß erhobene sozialdemokratische Zusatzantrag, daß auf Grund der Preiserhöhung keine Angestellten und Arbeiter entlassen werden dürfen.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ läuft in Wien, nachdem die Sozialdemokratische Partei für ihre Mitglieder auf drei Wochen hinaus ein Kino mit sämtlichen Plätzen belegt hat.

Die spanischen Gewerkschaften haben in einem Telegramm an den Internationalen Gewerkschaftsbund ihre Entrüstung über die Verhaftung führender Mitglieder der spanischen Gewerkschaftsbewegung im Zusammenhang mit dem mißlungenen Staatsstreich Ausdruck gegeben.

Aus unserer Bewegung

Erfurt. Die Mitgliederversammlungen endeten bisher stets mit Skandal und Tötlichkeiten der Kommunisten, sobald die Mehrheit der Mitgliedschaft, welche auf dem Boden positiver Gewerkschaftsarbeit steht, ihren Willen nicht erfüllte. Um endlich zu wirklicher Gewerkschaftsarbeit zu kommen und die Mitgliedschaft von dem Terror der Moskauer Minderheit zu befreien, wurde das Delegiertensystem beschlossen. Auf Grund der neuen Ortslagung fand die erste Vertreterversammlung statt. Wieder suchten Kommunisten beider Richtungen die Arbeit der Versammlung durch den Antrag auf Abänderung der Tagesordnung zu sabotieren. Die erdrückende Mehrheit der Vertreter lehnte das ab. Damit wurde bewiesen, daß die Kommunisten beider Fakultäten in der Tat nur eine geringe Minderheit sind! — Nachdem die Versammlung der Toten des Verbandes gedacht hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Genosse G. Friedrich, Geschäftsführer des Konsumvereins, sprach über: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiterschaft.“ Er schilderte die Entwicklung der Konsumvereine von den Anfängen bis jetzt. Heute sind sie ein Machtfaktor im Wirtschaftsleben und eine wichtige Waffe der Arbeiterschaft in ihrem Befreiungskampfe geworden. Der hasserfüllte Kampf des Bürgertums gegen die Konsumvereine muß jedem Arbeiter die Augen öffnen. Keinen Pfennig dem Kapitalisten und Krämer! Jeder Gewerkschafter muß auch Genossenschaftler sein. Diese Ausführungen wurden mit reichem Beifall belohnt. — Kollege Schulle gab dann den Geschäftsbericht. Er schilderte die der Ortsverwaltung obliegende Riesenarbeit. Die Wirtschaftskrise verschärft sich mehr und mehr. Der Angriff der Unternehmer auf den Tariflohn kommt auch in Erfurt zum Ausdruck. Die Tarife für Handel, Verkehr und Transport sind bereits gekündigt. Andere werden folgen. Es ist die größte Gefährdung der Kolonnenarbeit nötig. Den Derrat der gelben Werkvereine spüren besonders die Gärtnerkollegen. Das hat jedem Denker den die Augen geöffnet und viele treten schon über. Die Spaltung der Arbeiterschaft durch die

RGÖ. ist beschämend. Nur wenn die Kollegenschaft fest zum Gesamt-Verband hält, kann der konzentrische Angriff der Unternehmer auf die Arbeiterschaft erfolgreich abgewehrt werden. — Kollege Zippel ergänzte diese Ausführungen mit einigen Worten. Die Gemeinde- und Staatsarbeiter konnten bisher den Lohnabbau verhindern. Ob es ferner möglich sein wird, hängt von der Kampfschlossenheit der Kollegenschaft ab. Zum gedruckt vorliegenden Kassenbericht gab er einige Erläuterungen. Die Ortsgruppe hat sich konsolidiert. Trotz großer Erwerbslosigkeit nahm die Mitgliederzahl zu. Die Ortsgruppe wird die kommenden schweren Zeiten überwinden können, wenn jedes Mitglied seine Pflicht erfüllt. Jeder sei ein Kämpfer, aber jeder sei auch ein Werber für den Gesamt-Verband. Eine längere Debatte ergab sich über die zwei Anträge Weidemüller. Einer will eine Mitgliederversammlung, in der der Metallarbeiterstreik behandelt werden soll. Der zweite wünscht die Abhaltung eines Reichsbetriebsrätekongresses zur Bekämpfung von Lohnabbau und Faschistengefahr. In der Hauptsache wurde die traurige Rolle der RGÖ. im Metallarbeiterstreik den Linientreuen vorgehalten. Die Aussprache ergab eine klipp und klare Absage der Mehrheit der Vertreter an diejenigen, welche mit der RGÖ. liebäugeln. Mit Einmütigkeit wurde das verbrecherische Treiben der RGÖ. gebrandmarkt. Die Aussprache ergab: Die erdrückende Mehrheit der Mitgliedschaft lehnt jede Spaltung der Arbeiterschaft ab, sie steht geschlossen hinter dem Gesamt-Verband.

RUNDSCHAU

Eduard David †. Einen herben Verlust hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und mit ihr die gesamte Partei erlitten. Am 24. Dezember 1930 starb Dr. Eduard David, einer der hervorragendsten Köpfe der Fraktion, an den Folgen einer Grippe im Alter von 67 Jahren. David, der zunächst Volksschule und Gymnasium besucht hatte, studierte in Gießen Germanistik, Philosophie und Geschichte. Dann war er Lehrer am Gymnasium in Gießen. Anfang der neunziger Jahre trat er der Sozialdemokratischen Partei bei. 1893 gründete er die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“. 1896 übernahm er die Schriftleitung der „Mainzer Volkszeitung“, schied aber hier bald wieder aus, weil er in den Hessischen Landtag gewählt wurde, dem er bis 1908 angehörte. In den Reichstag wurde er 1903 gewählt, und gehörte ihm bis zu seinem Tode an. Hier zählte er, namentlich vor der Novemberrevolution, zu den großen Rednern des Hauses. Im Kabinett des Prinzen



Mag von David bekleidete er das Amt eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, eine Stellung, die heute der eines Staatssekretärs gleichkommt. Der Nationalversammlung stand David als Präsident vor, bis er durch den Reichspräsidenten Ebert als Minister ohne Portfeuille und später als Reichsminister des Innern in die Regierung berufen wurde. Seine geschwächte Gesundheit verhinderte, daß er in den letzten Jahren stärker im politischen Vordergrund stand. Mit Eduard Bernstein und Georg von Vollmar gehörte Dr. David zum rechten Flügel der Partei und war insbesondere während der Zeit, als sich Bernstein noch im Exil in London befand, der eifrigste Verfechter des Revisionismus. Es ist darum auch kein Wunder, daß David während des Krieges innerhalb der Sozialdemokratie zu den energischsten Vertretern der Landesverteidigung gehörte. Die sogenannte Politik des 4. August hat keine so klar wie er begründet. Es sei nur an seine Schrift „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg“ erinnert. Mit Vollmar zusammen war es aber auch David, der die Partei zu einer positiven Agrarpolitik drängte. Seine 1903 in erster, 1922 in zweiter Auflage erschienene Schrift: „Sozialismus und Landwirtschaft“ war die erste agrarsozialistische Schrift, die viel Beachtung gefunden hat. Aus seinen sonstigen Schriften sei noch der in sieben Auflagen erschienene „Referentenführer“ genannt, der jedem jungen Funktionär der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung gute Anleitungen gibt, sich zum Redner vor- und weiterzubilden. — Welcher Hochachtung sich David bei der Arbeiterschaft, in der SPD, bei den Gewerkschaften, den Genossenschaften und dem Reichsbanner erfreute, das bewiesen die Trauerfeiern in Berlin und in Mainz, wohin die Leiche zur Ermäuerung übergeführt wurde. Einer der Besten der Arbeiterbewegung ist mit Eduard David dahingegangen. In seinem Geiste weiterzuwirken ist die beste Dankbarkeit, die wir dem großen Toten bezeugen können.

Unternehmerdreißigkeit. Unter den schwierigsten Verhältnissen gelang es dem Verkehrsbund in der Nachkriegszeit in den Sauerkraut- und Gurkenfabriken einen Tarifvertrag zu schaffen. Die Löhne betragen gegenwärtig: Für Männer 62 und für die Frauen 42 Pf. die Stunde. Diese „fürstliche“ Entlohnung soll nach den Wünschen der Arbeitgeber um etwa 30 Proz. abgebaut werden; das Schreiben des Arbeitgeberverbandes hat folgenden Wortlaut:

Im Auftrage unserer Mitglieder aus der Gruppe „Gurkenfabriken und Sauerkrautfabriken“ kündigen wir mit Ablauf des 31. Dezember 1930 1. den zurzeit gültigen Lohnarif. Wir fordern, daß ab 1. Januar 1931 die Löhne so gestaltet werden, daß unter Zugrundelegung der Friedenskundenlöhne der Männer von 30 Pf. pro Stunde, der Frauen von 15 Pf. pro Stunde ein Aufschlag zu diesen Löhnen nur im Rahmen der nachgewiesenen Teuerung unter Zugrundelegung des Reichsindex für Monat Dezember 1930 erfolgt. — 2. die unter dem 8. August 1929 getroffene bzw. bestätigte Regelung der Arbeitsbedingungen insoweit, als wir mit Bezug auf § 616 BGB. fordern, daß der volle Lohnbetrag für die ersten drei Krankentage im Kalenderjahr nur einmal gezahlt wird und daß bei weiteren Erkrankungen eine Zahlung des Lohnes in Fortfall kommt. — Wir bitten, uns den Eingang unserer Kündigung zu bestätigen.

Hochachtungsvoll

Vereinigte Arbeitgeberverbände Siegnitz. gez.: Boldt, Oberstleutnant a. D.

Internationale Garagen-Ausstellung 1931 in Berlin. Die im Rahmen der Deutschen Bauausstellung Berlin 1931 in der Zeit vom 9. Mai bis 2. August zur Durchführung gelangende „Internationale Garagen-Ausstellung“, deren Sachbearbeitung Prof. Dr.-Ing. Georg Müller, Deutschlands bekanntester Garagenfachmann, übernommen hat, stellt eine wertvolle Ergänzung des an sich schon umfassenden Programms der Deutschen Bauausstellung dar. Es wird hier die Bedeutung eines Problems zur Erörterung gelangen, das in dem künftigen Jahrzehnt in zunehmendem Maße die Fachwelt, d. h. die Bauwirtschaft und die Kraftverkehrswirtschaft, aber auch die gesamte Öffentlichkeit beschäftigen muß. Die Ausstellung zerfällt in einen technisch-wissenschaftlichen Teil zur Behandlung grundsätzlicher Fragen und in eine Ausstellung von einschlägigen Industrieerzeugnissen, wie Garagen und Einzelgaragen in verschiedenen Formen und Bauweisen, Innenausbau, Feuerschutz, Kundendienst, Werkstättenbetrieb usw. Auch die der Sicherung und Bewältigung des Verkehrsproblems dienenden Einrichtungen, Apparate und Anlagen kommen hier zur Ausstellung.

VERBANDSTEIL

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Hierdurch berufen wir zum 16. und 17. Februar 1931, vormittags 9 Uhr, eine

Reichskonferenz für Betriebsvertretungen

nach Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, Saal 4, ein.

Tagesordnung:

1. Betriebsvertretungen im Gesamt-Verband. Kollegen C. Riedel und J. Scherff, Berlin.
2. Die Bedeutung des Mitbestimmungsrechts. Referent: Kollege G. Hörpel, Berlin.
3. Aufgaben der Betriebsvertretungen bei der Durchführung des Gesundheits- und Unfallschutzes. Referent: Kollege R. Sachs, Berlin.
4. Die Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft. Referent: Kollege R. Lengersdorff, Berlin.
5. Anträge.
6. Wahl des Beirats zur Abteilung für Betriebsvertretungen.

Alles Nähere über Anzahl der Delegierten, ihre Verteilung auf die einzelnen Bezirke und Berufsgruppen, die Durchführung der Wahlen usw., wird den Vorständen der Bezirke durch Rundschreiben mitgeteilt.

Der Verbandsvorstand. **Oswald Schumann.**

Für die Geschäftsstelle in Emden der Bezirksverwaltung westdeutsche Wasserstraßen suchen wir einen Angestellten. Dieser muß in erster Linie über gute Kenntnisse der Arbeitsverhältnisse in Wasserbaubetrieben und in der Binnenschifffahrt verfügen. Weitere Bedingungen für diesen Posten sind: Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, mindestens fünfjährige gewerkschaftliche Mitgliedschaft im Verbands sowie politische Organisationszugehörigkeit. Handschriftliche Bewerbungen sind unter Beifügung einer ausführlichen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsangestellten bis zum 1. Februar 1931 an den Verbandsvorstand, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4, einzureichen.

Der Verbandsvorstand.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schleißische Straße 42